

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,40 Goldmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Verlagsamt-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 0,70 Goldmark, Reklametexte 1.- Goldmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Postamt...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 7. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Stahlhelmlamage in Potsdam.

Glänzender Verlauf der Versammlungen.

Die Stahlhelmlamagen und Deutschpöfischen Potsdams hatten geglaubt, wenigstens in Potsdam ihre terroristische Diktatur...

Potsdam stand gestern unter der Parole: Straße frei. Be- rütene Polizei an allen Ecken und Kanten...

Auf der Drehbahn.

Die Schwierigkeiten in der Regierungsumbildung.

Das Reichskabinett hat gestern getagt, um zu den „Richt- linien“ Stellung zu nehmen...

Wenn die Regierung einmütig ist, werden Stresemann und Marx es auch wohl sein. Der Fragebogen mit den Richt- linien geht nun an die Fraktionen...

Zwar versucht das jetzt zu den Deutschnationalen hinüber- gewechselte Sinnesblatt dem Zentrum vor einer Reichstags- auslösung...

Der rheinische Abgeordnete Dr. Schwering hat das in der „Germania“ sehr deutlich hervorgehoben...

Aber auch in der Volkspartei regt sich die Unzu- friedenheit mit der Führung...

tige Verhalten der Schupo, die oft in unflätiger Weise von den Hatentkreuzlern angepöbelt wurde...

Gegen 8 Uhr wurde die Versammlung im Gewerkschafts- haus in der Kaiser-Wilhelm-Straße eröffnet...

Professor Victor Bajd,

empfangen vom jubelnden Beifall der Versammelten, an das Rednerpult. Humoristisch stellte er fest, daß die Potsdämischen den Friedensfreunden den Weg nach Potsdam versperrten...

Nie wieder Krieg!

Am Schluß seines Referats rief Professor Bajd aus: Die Brücke zur Verständigung ist geschlagen. Auf der einen Seite steht als Pfeiler Frankreich...

die Brenneisen befördert. Die „Magdeburgische Zeitung“, die schon gegen die arrogante Art der Fraktion auftrat...

„Was heute und morgen der Koalition der drei Parteien ihre Natur gibt, das ist der „Weltstreit“, nicht der bloße Kampf, sondern der Weltstreit untereinander im Dienst der gemein- samen Arbeit...

Vielleicht weiß das auch der Vorstand der Volkspartei selber nicht. Er wollte wieder mal nur ein wenig Wind machen. Und das ist ihm auch gelungen...

Frankreichs Sorgenkind.

Die elsass-lothringischen Probleme.

V. Sch. Paris, 4. Oktober 1924.

Es sind bald sechs Jahre verstrichen, seitdem die französi- schen Truppen in Straßburg und Reß, in Colmar und Müll- hausen einrückten...

Wir haben es damals nicht recht begreifen können; uns wollte diese jubelnde Abkehr vom Deutschtum nicht in den Sinn. Und doch — mag auch jener charakteristische Opportunismus...

Mit Jubel allein vermochte man jedoch nicht die mannig- faltigen Probleme zu meistern, die der Hoheitswechsel für Elsass-Lothringen plötzlich aufwarf. Indessen bemühte sich Frankreich, auf jede mögliche Art, das Aufgehen der wieder- eroberten Provinzen im Körper der übrigen Nation zu erleichtern...

Das sind die Hauptmerkmale einer, wie man sieht, sehr weitgehenden Sonderstellung und Vorzugsbe- handlung, die durch die Schaffung eines besonderen Ge- neralkommissariats für Elsass-Lothringen in Straß- burg gewährleistet werden sollten...

nehmen mit der überwiegenden Mehrheit des französischen Volkes handelten, was übrigens durch die nationalen Wahlen von 1919 bekräftigt wurde.

Mit dem Umschwung vom 11. Mai d. J. und zugleich mit dem baldigen Ablauf der im Versailleser Vertrag vorgesehenen fünfjährigen Uebergangsfrist haben sich nun plötzliche Schwierigkeiten ergeben, die Elsaß-Lothringen in einen a l t e n Krisen z u s t a n d versetzt haben. Um zunächst das Wirtschaftsproblemm vorwegzunehmen, sei festgestellt, daß sich die vorgezeichnete Fünfjahresfrist als völlig ungenügend erwiesen hat, um den elsass-lothringischen Erzeugnissen neue, ausreichende Absatzgebiete zu eröffnen. Es stellt sich sogar heraus, und das liegt wohl in der Natur der Dinge, daß für manche wesentliche Produkte des früheren Reichslandes eine Umstellung überhaupt nicht möglich sein dürfte: so dürfte der elsassische Weinbau überhaupt nicht gegenüber dem südfranzösischen konkurrenzfähig sein, am allerwenigsten auf dem innerfranzösischen Markt. Ebenso ist die stark entwickelte elsassische Textilindustrie so sehr auf den Verkehr mit Deutschland eingependelt und angewiesen, daß auch eine zehn- oder zwanzigjährige Frist im Friedensvertrag für eine genügende Umstellung nicht ausgereicht hätte. Die lothringische Eisenerzproduktion ist bekanntlich nicht nur wegen ihrer ungeheuren Stärke, sondern auch wegen ihrer Beschaffenheit auf die Ruhrkohle angewiesen. Und nun droht innerhalb von drei Monaten die Ausnahmestellung der gesamten elsass-lothringischen Volkswirtschaft gegenüber Deutschland mit einem Schlag zu verschwinden, ohne daß einerseits für neue Absatzmöglichkeiten gesorgt werden konnte und andererseits irgendwelche Zwangsmittel bestehen, um eine Verlängerung dieses einseitigen Zustandes durchzuführen.

Diese Sorgen kamen besonders deutlich bei der jüngsten Reise des Handelsministers Rainaldy im Elsaß zum Ausdruck, der von allen Wirtschaftszweigen bestürmt wurde, bei den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sich der gefährdeten elsass-lothringischen Wirtschaft anzunehmen. Herr Rainaldy versprach, sein Möglichstes zu tun, aber er ist sich der Schwäche des französischen Standpunktes so sehr bewußt, daß er sich noch schleunigst ein Pressionsmittel gegen Deutschland durch die Einführung einer 25prozentigen Einfuhrabgabe auf deutsche Waren nach englischem Muster sicherte, und daß er im übrigen beschwichtigende Zusicherungen wenigstens auf konfessionelle im Gebiet geben zu müssen glaubte, wozu er allerdings von niemanden bevollmächtigt war.

Denn das ist das andere Problem, das bereits seit Monaten die Bevölkerung Elsaß-Lothringens im höchsten Grade aufregt. Die kulturell-religiöse Frage ist besonders seit dem letzten Wahlkampf außerordentlich schwierig geworden. Der Umschwung vom 11. Mai hat für das Gesamtfrankreich einen Stich durch die Rechnung der früheren nationalen Blockmehrheit, die sich schon auf dem besten Wege glaubte, die ganze Entwicklung der ersten fünfzehn Jahre des 20. Jahrhunderts im Sinne einer Ausschaltung des kirchlichen Einflusses auf die weltlichen Probleme wieder rückgängig machen zu können. Die Ausnahmestellung Elsaß-Lothringens sollte der Anlaß sein zu einer Wiederaufrichtung dieses entscheidenden Kulturproblems in ganz Frankreich. Aber gerade diejenigen, die in Frankreich am 11. Mai siegten und auch im Elsaß im Vergleich zum Jahre 1919 erheblich besser abschnitten, hatten sich im Wahlkampf für eine Gleichstellung Elsaß-Lothringens auch auf diesem Gebiete eingesetzt. Sie veranlaßten die Regierung Herriot in ihrer programmatischen Erklärung vor dem Parlament die Aufhebung des dortigen Ausnahmezustandes anzukündigen.

Gestützt auf die kirchlichen und oppositionellen Elemente ganz Frankreichs haben nun die Katholiken des Elsaß mit einer Agitation geantwortet, die ebenso rühmig wie lärmend war und die sich eines sehr starken Widerhalls in der Pariser Boulevardpresse erfreute. Massenkundgebungen, Brandreden, Hirtenbriefe — es wurden alle Mittel einer großzügigen Propaganda angewandt, die vor den schwersten Drohungen nicht

zurückschreckte, an die feierlichen Versprechungen Millerands und Poincarés erinnerte und letztere zu Solidaritätserklärungen veranlaßte.

Im Anfang durch die Wucht und die Beschäftlichkeit dieser Protestbewegung überrascht und sogar überrumpelt, haben sich die Anhänger der Regierung Herriot, besonders im Elsaß selbst, wieder aufgerafft und sie setzen sich neuerdings kräftig zur Wehr. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Generation bildete das am vorletzten Sonntag in Straßburg veranstaltete Festessen zu Ehren des Arbeitsministers Justin Godart, auf dem sehr entschlossene Töne geredet wurden.

Und siehe da, obwohl dieses Ziel selbstverständlich allen elsassischen Klerikalen vorschwebt, wagt keiner diese Forderung laut zu verkünden, weil jeder weiß, daß dann ein großer Teil der Unterstützung aus dem Innern Frankreichs, auf die man in dem Kampf um die Regierungspläne angewiesen ist, sofort ausbleiben würde. Insbesondere die engere Anhängergruppe Poincarés, der stets auf dem Boden der Valengehegung zu stehen vorgab, würde sich von diesem unabsehbaren Unternehmen abwenden.

Es sind während des Sommers in der Hitze des Gefechtes von manchen elsassischen Klerikalen Aeußerungen gefallen, die wie eine Drohung mit der Abkehr von Frankreich und beinahe wie Sehnsucht nach der früheren deutschen Herrschaft klangen. In der reichsdeutschen, insbesondere in der deutschnationalen, aber zum Teil auch in der Zentrums- und heute noch nicht laut genug in französisch-nationalistischer Befinnung tun konnten. Es sind die Anhänger Poincarés und Millerands, die seinerzeit am häufigsten die Deutschen-Ausweisungen betrieben, den Haß gegen Deutschland gepredigt, die Ruhrbesetzung gefordert, ja sogar die dauernde Enteignung der Ruhrkohlenzechen zugunsten Frankreichs (in Deutschland der lothringischen Schwerindustrie und der Straßburger Handelskammer) befürwortet haben. Solchen „Deutschfeinden“ nachzulaufen, auf ihre etwaigen Anbiederungsversuche freundlich zu reagieren, wäre nicht nur eine Torheit, sondern eine Würdelosigkeit. Und die übrigen Teile der elsass-lothringischen Bevölkerung kommen ja für solche Zukunftshoffnungen erst recht nicht in Frage, da sie es gerade sind, die ein völliges Aufgeben im Gesamtfrankreich betreiben.

Wer ernsthaft Politik treiben will, muß sich an Tatsachen halten. Und das sind Tatsachen.

Die Deutschnationalen am Pranger.

Aus der Geschichte einer Landratshege.

Zu den deutschnationalen Methoden, sich wieder an die Futtertrappe heranzudrängen, gehört eine ebenso ausgiebige wie struppellose Hege gegen sozialdemokratische Beamte in Preußen. Vor einiger Zeit hatte die Verleumdungskampagne in Ostpreußen derartige Formen angenommen, daß sich das preußische Innenministerium veranlaßt sah, eine Generaluntersuchung anzustellen. Unter der Wucht der Tatsachen brach das angebliche Anklagenmaterial der Deutschnationalen kläglich zusammen, und seither ist es in Ostpreußen ziemlich ruhig geworden. Das verhindert natürlich die Deutschnationalen nicht, andernorts die sozialdemokratischen Landräte mit derselben Verlogenheit zu bekämpfen. Genosse Severing führte in seiner gestrigen Landtagsrede ein Musterbeispiel an.

Der sozialdemokratische Landrat des Kreises Franzburg in Pommern, Genosse Bülow, war unredlicher

Manipulationen verdächtigt worden. Er hat darauf die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich beantragt, das augenblicklich noch schwebt. Im Zusammenhang damit erhielt das Innenministerium vor einigen Wochen einen Brief, der das Treiben der Deutschnationalen in einem besonders schönen Licht erscheinen läßt. Der Brief lautet:

Rittergut Krakow u. Gut Neubauhof, Ars. Franzburg
den 15. September 1924.

Obwohl ich mich sonst vollkommen dem öffentlichen Leben zurückgezogen habe und nur meine landwirtschaftlichen Betriebe leite, sehe ich mich doch veranlaßt, bei dem momentanen ständigen Gehege gegen den bisherigen Landrat ein objektives Urteil über die hiesigen Verhältnisse dem Ministerium zu unterbreiten.

Ich bin Westfale, Katholik, Zentrumsmann und ehemaliger Rittmeister des ehemaligen Paderborner Husaren-Regiments 8. Als ich vor vier Jahren in hiesige Gegend kam, wurde mir bedeutet, mit dem Landrat könne und dürfe man nicht zusammenarbeiten, da er Sozialdemokrat sei. Ich habe mich aber nicht daran gehalten, sondern habe direkt meine dienstlichen Sachen dem Herrn Landrat übergeben, habe das auch ganz offen allen Leuten erklärt.

Ich habe in den vier Jahren aufs angenehmste mit dem Herrn Landrat Bülow gearbeitet. Herr Landrat Bülow hat sich stets als ein äußerst fleißiger, gewissenhafter Landrat gezeigt, der mit großem Interesse und unermüdbarem Eifer sein Amt verstand hat. Uneigennützig und unter persönlicher Lebensgefahr hat er sich bei den großen Streiks der Landarbeiter eingesetzt für Ruhe und Ordnung. Seiner großen Energie verdankt der Kreis jetzt ruhige Arbeiterverhältnisse.

Da ich den Amt hatte, offen im Landbau und bei den Deutschnationalen die Verdienste des Landrats hervorzuheben, und da ich, wie oben erwähnt, denkslich mich direkt an den Herrn Landrat und nicht an die Sekretäre wandte, so wurde ich von den Deutschnationalen und den Deutschnationalen stark angegriffen und angefeindet. Wäre der Herr Landrat Bülow inzwischen deutschnational geworden, so würde er jetzt hier im Kreise als der tüchtigste Landrat gefeiert. Denn alles, was nicht deutschnational ist, wird hier einfach verachtet und angefeindet.

Ich bitte daher das Ministerium, bei den Verhandlungen und Entscheidungen die hiesige Lage richtig zu beurteilen.
Baron v. Querenheim, Landwirt und Rittmeister, a. D.

Der Fall des Landrats Bülow ist ein Beispiel von vielen. Auf Wissen und Können haben die Deutschnationalen noch nie Wert gelegt. Kostengemeinschaft und die Zugehörigkeit zu einem feudalen Korps galten stets bei ihnen als Zeichen einer besonderen Befähigung. Daß diese bornierte Vetterleswirtschaft das Reich in das Unglück des Weltkrieges hineingeritten hat, geht aus den zahlreichen Memoirenpublikationen unzweideutig hervor. Der Geist der Borniertheit hat sich bei den Deutschnationalen noch verstärkt, seit ihre lastenmäßige Vorherrschaft gebrochen wurde. Vorkrieg gegen alle, die außerhalb der Kaste stehen, und gegen solche Standesgenossen, die das ebenso stumpfsinnige wie unfittliche Treiben nicht mitmachen, gilt ihnen als oberstes Gesetz. Nach der vorliegenden Probe kann man sich vorstellen, wie die Volksgemeinschaft aussehen würde, mit der Preußen und das Reich bei einer deutschnationalen Koalitionsregierung beglückt würden.

Internationalismus als Zeitkrankheit.

Die Industrie bei deutsch-französischen Verhandlungen.

In der deutschnationalen „Kreuzzeitung“ kommt Wolfgang Eisenhart in einem Leitartikel zu folgendem Schluß: Der Internationalismus aber ist nichts als eine lässliche Zeitkrankheit, die unser deutsches Volk aus den geländeten Bahnen herauszuschießen droht, die es seit Jahrhunderten nicht nur zum eigenen, sondern auch zum Wohle der Menschheit in seinem Geistesleben eingeschlagen hat.

Gleichzeitig teilt die „Zeit“ auf Grund authentischer Informationen mit, daß die Stellung der deutschen Unterhändler über den deutsch-französischen Handelsvertrag erschwert zu werden droht durch die Abmachungen deut-

Die Geschichtstagung der Schulreformer.

Ein Rückblick von Henry Schumacher.

Diese internationale Oktobertagung des Bundes elsassischer Schulreformer war für alle Teilnehmer ein starkes Erlebnis. Allerdings vorausgesetzt, daß es Menschen waren, die mit dem starken Willen zur Renais- und Welterneuerung genügend Selbstverantwortung verbunden, um nicht in „andächtigen Schwärmen“ aufzugehen, sondern um im Kampf der aufstrebenden Ideen sich zur selbständigen Erkenntnis durchzuringen. Für sie kam es zu einer Väterung mischwingender Gefühle, zu einer Bedung zukunftsstropher Sehnsüchte und zu einer Stärkung des Willens zum Handeln, wie er sich nur in gleichgestimmter Geistesgemeinschaft ergibt.

So war diese Tagung ein Abbild des Bundes selbst und zugleich ein Abbild der fortschrittlich gerichteten und jugendbegehrenden Weltströmungen. Und in dieser Einheitslichkeit, charakterisiert durch den starken Glauben an das Zukünftige und den guten Willen zur notwendigen Gegenwartsarbeit, zeigte sich eine Vielfalt divergierender Anschauungen, grundtätig philosophischer und methodischer Art, im wesentlichen psychologisch erklärbar. Denn der Bund umfaßt nicht nur ausgeprägte Persönlichkeiten, die sich — bei aller Betonung des einheitlichen Willens und Zieles — nie einer Schablone unterwerfen, sondern er läßt auch Menschen der verschiedensten Begabung und Ausgangsstellung zu Worte kommen. Der Gelehrte der Studierstube stand da neben dem Praktiker, der Prophet neben dem Methodiker. Temperament und Leidenschaftlichkeit fluten unmittelbar in die Hörerschaft ein. Rückhaltloser Radikalismus offenbarte sich und wählte die empfängliche Seele auf. Und leider fand gereinigtes Oberflächenschaubild auch kein Publikum. Selbst ein Hoch von Spenglerischem Pessimismus drang in diese zukunftsstrophe Gemeinschaft. Aber dieser Pessimismus richtete sich nicht auf die europäische Welt als Ganzes, sondern auf die Vorherrschaft der Wissenschaft.

Die Vielheit der Sprachen und Völker, deren Vertreter auftraten, und die bewußte Betonung der Eigenart von Land und Volk und der Berechtigung dieser Eigenart wurden hier nicht als Begrenztheit und Beschränkung empfunden, sondern als Weg zur europäischen und weltumfassenden Gemeinschaft. Denn Gemeinschaft ist niemals Rasse gleichartiger Teile, sondern Einheit in bewußter und weisungsgewisser Verschiedenartigkeit. Ich glaube, daß jeder Teilnehmer der Tagung die in wunderschönen Bildern auftauchende Menschlichkeit des Anders Abdallah Jusuf Ali ganz stark in seiner Seele empfunden hat.

Wenn Wirtschaft und Technik schon seit Jahrzehnten weltumspannend gewesen sind, so nicht Ethik und Religion. So wollte der Bund durch diese Tagung versuchen, Wege zu dieser Synthese aufzuzeigen, die Kulturverflochtenheit aller europäischen Völker und der Völker der ganzen Welt aufzuheben, um isoliertes, moralisches und religiöses Gefäß- und Erkenntniswesen auszuweisen und damit zu vertiefen. Und vielleicht liegt hier die besondere Bedeutung dieser Tagung, daß sie ein Bekenntnis ward zur Idee der menschlichen Weltengleichheit, aus der Brudersinn, Gerechtigkeit, Friedlichkeit und Liebe herauswachsen, wie uns umgekehrt diese in uns verankerten,

mit uns geborenen Kräfte Beweise für die Tatsache der menschlichen Wesensgleichheit darstellten.

Und damit wurde diese Tagung ein Bekenntnis zur Idee des Sozialismus. Denn so sehr auch wirtschaftliche und geographische Verhältnisse, also die Welt der Dinge, unser Leben bestimmend beeinflussen und die Aenderung dieser Verhältnisse unbedingte Notwendigkeit ist, so zieht doch der Sozialismus vor allem seine Kraft aus der Idee der Wesensgleichheit und Menschenliebe, und so ist die Tat der Menschenerziehung gleichbedeutend mit Umgestaltung des Wirtschaftstodes zur sinnvoll geordneten Einheit.

Auf diesem Gebiete vor allem bewegte sich der geistige Kampf, einheitlich im Ziel und einzig in der Anerkennung dieser beiden notwendigen Wege zur Erreichung einer neuen Menschheit, uneinig in der stärkeren Betonung der rationalen Erkenntnisse oder der irrationalen Werte. Dieser geistige Kampf zwischen Königstein, Kampffmeyer und Max Adler bildete einen Höhepunkt der Tagung. Und damit zusammenhängend der Kampf um eine neutrale oder zielbewusste Erziehungsarbeit. Anders formuliert: Sollen und können wir das Kind zu einem Sozialisten (Pazifisten, Katholiken usw.) erziehen oder sollen und können wir nur dem Jungen im Sinne zum Durchbruch verhelfen, auf daß es dann in Freiheit und Selbstverantwortung den ihm gemäßen wahrhaftigen Weg gehen kann? Auch hier lag die Einheitlichkeit in der Ehrfurcht vor jeder Menschenseele und ihrer Andersartigkeit in dem Bestreben, jedem Menschen in gleicher Berechtigung zur höchstmöglichen Ausbildung seiner menschlichen und vor allem sozialen Kräfte zu verhelfen.

So verbunden sich auch Menschheitsgeschichte und Geschichtsunterricht, und wenn auch hier gegensätzliche Anschauungen zu Worte kamen — etwa in den Problemen: kulturkundlicher Sachunterricht oder staatsbürgerliche Geschichte —, so war die Richtung doch die gleiche: Ablehnung des unwahrhaftigen, einseitigen Herrenkults und der Isolierung der eigenen Staatsgeschichte, Betonung einer Erziehung der Jugend zur Völkerverständnis- und Menschheitsliebe durch die Aufzeigung der wirtschaftlichen und kulturellen Verflochtenheiten aller Völker bei aller persönlich-vollständigen Ausprägung, in einem Geschichtsunterricht, der aber nur dann sein Ziel erreichen kann, wenn das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen von diesem neuen Geiste durchströmt ist.

Für unsere Zukunftarbeit wird das Wort des Anders immer seine Bedeutung behalten: Es gibt der Ströme viele, aber sie fließen alle in ein Meer — in das Meer der Menschlichkeit und Liebe.

Sonntagskonzerte.

I. Volksbühne: Das wundervolle Haus fast überfüllt, die Menschen festlich gestimmt. Die Staatskapelle spielt unter Kleiber, dem ich ausgesprochenen Stern. Die Sphingens-Duettüre nimmt er mit warmer Feierlichkeit, brüt auch in dem berühmten, fälschlich „Allegro“ bezeichneten Teil. Wärme geht von dem Stab nicht aus. Erst im Andante der nachgelassenen Bruders-Sinfonie (F-Moll) spürt man keine Begeisterung. Das kurze spanische Stück ist belanglos für Bruders Schaffen, ein romantischer Nachklang des

jungen Beethovens, durchwirkt von Mendelssohnscher Melodie. Kleiber rettet das Werk ins beinahe Brudersche, ins ganz Kleiberche. Er macht ein Adagio daraus, verteilt wundervoll Singstimmen, Dichter und Schatzen, nimmt der Mittelteil tragisch und interessant, singt den Abbruch schmerzhaft-innig. Zur Beethovenschen C-Roll-Sinfonie braucht Kleiber noch die Partitur. Man fühlt logisch warum. Dem ersten Satz fehlt alle gramine Größe, er baut sich aus kleinen Szenen auf, dem Dirigenten scheint mitten im Ablauf der Gedanken noch etwas einzufallen, er überhastet, überspringt Adiospausen, läßt Fermaten nicht ausklingen. Im langsamen Satz scheint er sich an der Melodie zu berauschen, was gewiß kein Fehler ist. Einiges hebt sich herrlich heraus, selbst wenn Kleiber, der probebegeisterter, zuhört statt zu taktieren; die Szene ist immer ansprechend, der ganze Akt eines Tages dagegen noch zerklüftet. Das Orchester spielte, wie immer, großartig. (Die Auffstellung des Orchesters mit dem bequemen Hineingleiten der einzelnen Streichkörper ineinander, war ähnlich besonders gut.)

II. Männerchor Fichte-Georgia: Die gleiche Fülle in der Kirche, zu einer Abendstunde, da der gute Bürger schlief oder praht. Schuberts „Deutsche Messe“ — wer kennt sie? Keine vom Format seiner Kirchenmessen, kein polyphones Kunstwerk, sondern eine Folge von schönen, innigen, tief empfundenen Gesängen. Ursprünglich für gemischten Chor mit Blasorchester, führt sie Köchel in der Sogfriedschen Fassung für Männerstimmen und Orgelbegleitung auf. Das klingt alles sehr wohl und weich, der Chor macht es ausgezeichneter, ja singt uns das Sanctus wirklich in die Seele hinein. Um die Gleichmäßigkeit der einfachen Vieder zu unterbrechen, läßt Köchel zwischendurch Weize (Rambolin) und Vogel (Friede) spielen. Verständlich, wenn auch nicht gerade notwendig; auch die eingestreuten Soli (z. B. Liebe) können ja nur die gleiche Linie der inneren Ergriffenheit fortsetzen. Schwer ist das Werk nicht; sehr schöne Abschlüsse im piano fielen auf, und desgleichen das ausdrucksvolle Quartett der Herren Ebert, Manz, Hirschfeld, Kuthning. Köchel leitete das Ganze als kenntnisreicher und sicherer Musiker.

Ruri Singer.

„Die 10 Gebote“ nicht vollstehend. Die deutschen Vertreter des amerikanischen Films „Die 10 Gebote“ rufen die Presse zur Hilfe gegen das Institut zur Erziehung und Unterricht, das diesen Film nicht für vollstehend erklären will und ihm somit keine Steuerermäßigung gewährt. Der Beschluß des Zentralinstituts ist aber so zutreffend, daß wir ihm durchaus zustimmen. Dieses Bildwerk hat nur technische Qualitäten, aber weder kulturelle noch vollstehende Wert.

Führungen im Museum für Meerestunde, Georgenstr. 34. Dienstag, 7. 1 Uhr, Prof. Brühl: Nahrungsmittel aus dem Meer. — Dienstag, 14. 1 Uhr, Prof. Krumbach: „Das Leben am Ufer der Meere.“

Die Ausstellung „Die Form“, die in diesem Sommer von der mittelmittelberühmten Arbeitsgemeinschaft des Werkbundes in Stuttgart veranstaltet wurde, wird als Wanderausstellung durch eine große Anzahl deutscher Städte gehen.

Jüngst Jahre niederdeutsche Sprachforschung. Der Verein für niederdeutsche Sprachforschung begeht in diesen Tagen die Feier seines fünfzigjährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß fand im Hamburger Carlshaus eine Begrüßungsfeier statt. Der ersten Arbeit war eine wissenschaftliche Sitzung in der hamburgischen Universität gewidmet, zu der sich auch die Oberhäupter der beiden Hansestädte Hamburg und Lübeck eingefunden hatten.

Scher und französischer Schwerindustrieller Gruppen, die auf ein internationales Eisensyndikat hinauslaufen. Bei diesen Verhandlungen sollen, wenn man den bisher unbefriedigten Nachrichten Glauben schenken darf, die Schwerindustriellen Gruppen sich darauf geeinigt haben, bestimmte Forderungen für die Handelspolitik ihrer Länder zu vertreten. Dazu gehört insbesondere die Aufrechterhaltung der elsaß-lothringischen Einfuhrkontingente. Um sie zu erreichen, hat Herrriot die 26prozentige Exportabgabe auf den deutschen Export nach Frankreich gelegt. Aus Mitteilungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist zu schließen, daß in der Tat derartige Besprechungen stattgefunden haben. Auch die englischen Klagen über die deutschen Sonderrechte an Frankreich liegen in der Richtung dieser Vermutungen. Es scheint demnach, daß hier ein abgekartetes Spiel von Seiten vorliegt, die sich sonst sehr national gebärden. Vielleicht äußert sich einmal der deutschnationale Schwerindustrielle Abgeordnete Dr. Reichert über den Fall; er wird sicherlich Interessantes über die „internationale Zeitkrankheit“ auf diesem Gebiete zu sagen haben.

Sie ist übrigens nicht von heute und von gestern, diese Krankheit. Offenbar waren die deutschen Waffen, die noch den Firmennamen deutscher Fabriken trugen und mit denen Ausländer im Weltkrieg auf das deutsche Heer geschossen haben, auch nur Produkte dieser „internationalen Zeitkrankheit“. Die Herstellung von Zuständen, welche diese Art Internationalismus wieder ermöglichen, ist jedoch die größte Sorge gerade der Deutschnationalen, nach deren Meinung es offenbar immer noch „zwanzig Millionen Deutsche zuziel“ gibt.

Die Neutralität der Kriegervereine.

Ein Vorstoß gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Der Kriegerverein Lüftt verendet an diejenigen Mitglieder, von denen er annimmt, daß sie auch Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sein können, ein Rundschreiben des folgenden Inhalts:

- Lüftt, 27. September 1924.
- Wie uns mitgeteilt worden ist, sollen Sie Mitglied des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sein. Da nach der Entscheidung des Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser die Zugehörigkeit unserer Mitglieder zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar ist, ersuchen wir Sie ergebenst um baldigste Mitteilung:
1. ob Sie tatsächlich Mitglied des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sind;
 2. ob Sie z. B. zur sofortigen Lösung dieser Mitgliedschaft bereit sind, oder
 3. ob Sie es vorziehen, die Mitgliedschaft im Kriegerverein freiwillig aufzugeben.

Sollte uns bis zum 3. Oktober d. J. keine Aufklärung zugehen, so nehmen wir dieses als Zugeständnis zu Nr. 1 sowie als Zustimmung zu Nr. 3 an und werden Sie in unserer Mitgliederliste mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab streichen.

Der Vorstand.
gez. Uthide, C. Felgendreher, Simoneit,
Vorstand. Schriftführer. Kassensührer.

Dieses Vorgehen des Lüfttler Kriegervereins (Lüftt ist eine braun deutsche nationale Stadt) stützt sich auf einen Beschluß des letzten Parteitag des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser“. In der dort angenommenen Entschließung heißt es:

Nach Presseberichten und Äußerungen führender Persönlichkeiten stellt sich der neue Bund in bewußter Gegensatz zu dem Reichskriegerbund „Kyffhäuser“.

Zwar sieht der in dessen Satzung ausgesprochene Zweck des neuen Bundes („Zusammenfassung aller Kriegsteilnehmer, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen“) nicht in Widerspruch mit den Zielen unseres Bundes, da dieser sich von jeher auf den Boden der Reichsverfassung gestellt hat. In unseren Vereinen stehen Mitglieder aller staatsrechtlich geltenden Parteien friedlich Schulter an Schulter.

Die über den Rahmen einer Satzung hinausgehende Einstellung des Reichsbanners kann aber nur als eine parteipolitische angesehen werden, die sich mit dem parteipolitisch neutralen Standpunkt des Reichskriegerbundes „Kyffhäuser“ nicht verträgt, aber auch zu dessen nationalen Bestrebungen, insbesondere der Pflege der großen Ueberlieferungen deutscher Geschichte, in schroffer Gegensatz tritt.

Deshalb ist die Zugehörigkeit unserer Mitglieder zum Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar.

Den Verbänden und Vereinen wird empfohlen, die Kameraden in diesem Sinne aufzuklären.

Die Behauptung, daß die Einstellung des Reichsbanners nur als eine parteipolitische angesehen werden könne und daß sie sich nicht mit der Pflege der großen Ueberlieferungen deutscher Geschichte vertrage, ist eine Unverschämtheit, die sich vor selbst erhebt. Die „politische Neutralität“ der Kyffhäuser-Listung scheint dieselbe zu sein, wie der famosen „Vaterländischen Verbände“, die sich ja auch „überparteilich“ nennen. Die Reichsbannerleute wissen wenigstens nun woran sie sind.

Gegen den Bürgerblock.

Entschließung der rheinischen Demokraten.

Am Sonntag tagte in Köln der Provinzialverband Rheinland der Deutschen Demokratischen Partei. Das Hauptreferat hielt Justizrat Falk-Röln. Er gab einen Ueberblick über die mit dem Londoner Abkommen hoffentlich abgeschlossene Periode der nationalen Gefahr für das Rheinland. Die Verträge des Ministers Farres, sich von der Schuld der „Verdickungspolizei“ freizulösen, wies Justizrat Falk als einseitige Darstellung zurück. Schließlich kennzeichnete Falk die derzeitige Reichspolitik nach innen und nach außen in ihren Auswirkungen auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten. Unter Zustimmung der Vertreter aller besetzten Landesteile von der Pfalz bis nach Westfalen wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Provinzialverband der Deutschen Demokratischen Partei in der Rheinprovinz erklärt: Die Zusammenfassung aller verfassungstreuen, staatsdienlichen Kräfte zu einer großen Volksgemeinschaft gibt die einzige Möglichkeit zur Gesundung des Staates, zur Erhaltung der deutschen Kultur und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau. Der von den Reichsparteien geforderte Bürgerblock dient nicht diesem Ziele, er bedeutet einen Rückschritt in die Gedankenwege des Klassenkampfes und ist der Ausdruck des wirtschaftlichen und politischen Herrschaftstrebens reaktionärer Kräftegruppen. Der Reichsblock würde aber auch gerade den Strömungen einen unerträglichen Einfluß auf die Führung des Reiches einräumen, denen wir nach unseren Erfahrungen im Kampfe um die Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Reich allerschärfste Mißtrauen entgegenbringen müssen. Die Deutsche Demokratische Partei muß sich daher der Zugehörigkeit zu diesem Block verweigern.“

In einer weiteren Entschließung empfiehlt der Provinzialverband seinen Grundbesitz den Eintritt in das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Gegen die Deutschnationalen.

Essen, 6. Oktober. (W.Z.) Die Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Demokratischen Partei, Kreis Essen, beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung und nahm eine Entschließung an, in der der erweiterte Vorstand und der große Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei im Bezirk Essen die Parteifraktion ersuchen, unter allen Umständen sowohl die Bildung des Bürgerblocks, als auch jede Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung mit aller Entschiedenheit abzulehnen.

Die „Kölnische Volkszeitung“ zur Regierungsfrage.

Köln, 6. Oktober. (W.Z.) Zu der Frage des deutschnationalen Eintritts in die Regierung nimmt die „Kölnische Volkszeitung“ in ihrer heutigen Abendausgabe in einem längeren Artikel Stellung, indem sie zunächst darauf hinweist, daß das Zentrum sich grundsätzlich niemals dem Gedanken der Beibehaltung der Reichsregierung nach rechts verlegt hat. Das Blatt weist dann aber auf die Erklärung des Grafen Westarp in der Sonnabendausgabe der „Kreuzzeitung“ hin, worin es wörtlich heißt: „Die Erklärung der Deutschnationalen, daß sie die bisherige auswärtige Politik des Kabinetts sich zu eigen machen oder fortsetzen wollen, kann nicht verlangt oder zugelassen werden.“ Unter diesen Umständen, meint das Blatt, könnte die Deutsche Volkspartei nicht behaupten, daß die Deutschnationalen sich auf den Boden der bisherigen Politik stellen wollen. Der Reichskanzler habe sich entschlossen, ein Regierungsprogramm auszuarbeiten, das den Parteien zur Entscheidung über ihre Stellungnahme vorgelegt werden wird. Das Blatt hält diesen Schritt für glücklich, da er zeigen wird, wie weit sich die Parteien zu verantwortlicher Mitarbeit entschließen können. Von den Parteien aber müsse Farbe bekant werden. Das gelte in erster Linie von den Deutschnationalen. Sie müßten sich klipp und klar erklären, und zwar für die Gesamtheit der Partei. Zweideutigkeiten vertragen die Lage nicht, sowohl im Innern, wie auch nach außen. Ein klares Regierungsprogramm ergibt eine klare Antwort. Man erwartet, daß diese Antwort bald gegeben wird.

Farres Rücktritt.

Nur unpolitische Gründe (?)

Zu den Rücktrittsabsichten des Reichsinnenministers Farres äußert die Eca, daß Minister Farres in der Tat beabsichtigt, von seinem Posten zurückzutreten. Die Gründe hierfür sind lediglich (?) in seinem persönlichen Wunsch zu suchen, in seinem alten Wirkungskreis zurückzukehren und sind daher ganz unpolitischer Natur.

Für Kaiser, König und Vaterland.

Monarchistischer Reichswehrummel.

Stettin, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Zu einer Demonstration gegen die Republik wurde die Einweihung des Denkmals für die Gefallenen des ehemaligen Grenadierregiments Nr. 9, die am Sonntag in Stargard in Pommern stattfand. Alle aufzutretenden Generale waren aufgeboden; unter ihnen sah man Generalfeldmarschall v. Madensen und Generaloberst v. Heeringen, aber auch der Divisionskommandeur der Reichswehr, General v. Tschischwitz-Stettin, war zugegen. Das Denkmal, das Schwerdt, Schild und Stahlhelm in unhistorischem Rumberd auf einer Soldatengestalt vereint, trägt am Sockel die bezeichnende Inschrift: „Sie haben von lobenden Weibern umloht, in Rannestreu, wie sie gelobt, von der Regel durchgehört, vom Schwerdt durchrammt, für Kaiser, König und Vaterland.“ Das Reichswehr-Bataillon in Stargard war ebenfalls als Gastgeber und Veranstalter besonderer Feiertagsfeiern an dieser nationalistisch-monarchistischen Denkmalsweihung beteiligt. Der als besonderer Kriegshehr bekannte Divisionspater Dormann-Stettin hielt die Festrede und auf dem Kasernenhof nahmen dann die Monarchisten Madensen und Heeringen die Parade über die republikanische Reichswehr ab.

Hitlers Freilassung verschoben.

Die Entscheidung hängt vom Staatsgerichtshof ab.

München, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Es steht nunmehr fest, daß die Entscheidung des Obersten Landesgerichts in der Frage der Bewährungsfrist für Hitler und Kriebel so lange hinausgeschoben wird, bis der Staatsgerichtshof entschieden hat, ob der Frontbann Lubendorfs als die Fortführung der verbotenen Kampfbünde anzusehen ist. Nach einer Information der „Münchener Abendzeitung“, die als Parteiorgan der Deutschnationalen dem Justizminister sehr nahe steht, hat das Oberste Landesgericht bereits festgestellt, daß alle drei in Lubdorscher Inhaftierten durch Kassiber direkte Fühlungnahme mit den Frontbann-Organisationen ausreichten. Am wenigsten belastet erscheine indessen Hitler.

Landtagszusammentritt.

München, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Landtag wird voraussichtlich für Dienstag, den 21. Oktober, einberufen, um die Etatsrede des Finanzministers entgegenzunehmen. Der noch nicht ganz fertiggestellte Haushaltsplan ist außerordentlich umfangreich; es scheint, daß es dem Finanzminister gelungen ist, das von ihm im Sommer auf 30—40 Millionen geschätzte Defizit im Staatshaushalt erheblich zu verkleinern.

AsA-Bund und Reichsbahngesellschaft.

Die Personalordnung unannehmbar.

Der Behördenausschuß des AsA-Bundes, dem Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, des Deutschen Werkmeister-Verbandes sowie des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten angehören, hat sich in seiner letzten Sitzung erneut mit der Frage des künftigen Dienstverhältnisses der Arbeitnehmer der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschäftigt, um die bevorstehende große Logung der AsA-Verbände vorzubereiten. Er stellt noch einmal fest, daß zu der ersten Besprechung über den Entwurf für die Personalordnung, die am 25. September im Reichsverkehrsministerium stattfand, der AsA-Bund nicht eingeladen war, trotzdem die vorher bezeichneten AsA-Verbände schon bisher die Hauptträger des Reichstarfs für die Angestellten bei den Reichsverwaltungen und -betrieben sind und der Abschnitt 14 Absatz 3 der Personalordnung die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag vorseht. Die in dem Entwurf genannte Gruppe der sogenannten Kündigungsbeamten würde zwar hinsichtlich der Sozialversicherung der sozialen Lage durch kurze Kündigungsfristen den Angestellten gleich werden. Soweit aber die Angestellten den Beamten gegenüber heute günstigere

Schutzbestimmungen haben, würden die Kündigungsbeamten wiederum „Beamte“ sein, d. h. das Betriebsratsgesetz bliebe auf sie ohne Anwendung. Der AsA-Bund hält diesen Entwurf für unannehmbar und wird weitere Schritte einleiten, um den betreffenden Kreisen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Mittwoch Auflösung des Unterhauses.

London, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Kabinettsrat hat sich am Montagabend in zweistündiger Beratung mit der Stellungnahme zu dem konföderativen Antrag auf Mißbilligung der Aufhebung der Strafverfolgung des Kommunisten Campbell und zu dem liberalen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschäftigt. Eine offizielle Erklärung über das Ergebnis der Beratungen ist nicht veröffentlicht worden. Den Sopor der Haupteinseitigkeit der Regierung, erklärte nach Schluß des Kabinettsrats, daß die Regierung sowohl dem konföderativen wie dem liberalen Antrag den allerschärfsten Widerstand entgegenzusetzen werde, zumal zwischen beiden im Grunde genommen kein Unterschied bestehe und in dem liberalen Antrag auch ein unerträgliches Mißtrauen enthalten sei. Damit ist die Entscheidung am Mittwoch so gut wie sicher. Die Liberale und konföderative Mehrheit wird der Regierung eine Niederlage bereiten und Macdonald wird dann beim König die Auflösung des Parlaments beantragen. Man erwartet, daß Macdonald die Absichten der Regierung morgen, Dienstag, auf der Jahreskonferenz der Arbeiterpartei darlegen wird.

London, 6. Oktober, 10 Uhr abends. (Eigener Drahtbericht.) Der heutige Kabinettsrat hat, wie der parlamentarische Korrespondent des „Daily Herald“ erzählt, beschlossen, nicht nur das konföderative Mißtrauensvotum, sondern auch den liberalen Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses abzulehnen, da auch der letztere ein indirektes Mißtrauensvotum darstellt. Damit ist der Ausbruch der Regierungs- und Parlamentskrise in dieser Woche voraussichtlich unvermeidlich.

Die Wahlangst der englischen Liberalen.

Auf der Suche nach einem Ausweg.

London, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Liberalen scheinen infolge des Widerstandes Macdonalds gegen ihren Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen der Aussetzung der Strafverfolgung des Kommunisten Campbell bereit zu sein, ihren Antrag so zu charakterisieren, daß Macdonald daraus keine Mißtrauenserklärung entnehmen könne. Macdonald hat deutlich erkennen lassen, daß in diesem Antrage ein Mißtrauen gegen die Regierung zum Ausdruck komme, das unerträglich sei; er werde die Untersuchung nicht einem zehnjährigen Ausschuss, sondern dem Ausschuss unterbreiten, der sich aus den Millionen der englischen Wähler zusammensetze. Die liberalen Blätter wehren sich dagegen, daß ihre Partei mit dem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses die Neuwahlen überstürzt herbeiführen müsse. Die Liberalen wollten, daß der Ausschuss nach der Stärke der Parteien im Parlament zusammengesetzt werde, wodurch ihm von vornherein eine konservativ-liberale Mehrheit gesichert wäre. Sie werden nun, wenn die Regierung vorschlagen würde, die Untersuchung durch den ständigen Ausschuss des Parlaments vornehmen zu lassen, ihren Plan fallen lassen und für diesen Regierungsvorschlag stimmen. Damit würde die Krise vermieden werden. Es ist aber keineswegs sicher, daß die Regierung einen solchen Vorschlag machen wird.

In einem Interview Macdonalds mit William Stead wendet sich Macdonald gegen den liberalen Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission und stellt fest, daß die Objektivität einer solchen Kommission, die nach den Machtverhältnissen im Unterhaus aus sieben Gegnern der Regierung gegen drei Vertreter der Labour-Party zusammengesetzt sei, keine Gewähr böte, zumal die Parteien dieser sieben bürgerlichen Abgeordneten sich schon auf die Gegnerschaft gegen die Regierung in dieser Frage festgelegt haben. Macdonald bezeichnet auch den Ausweg der Einsetzung einer juristischen Kommission als unfair.

Britischer Wahlkampf und deutsche Anleihe.

London, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In britischen Regierungskreisen ist man besorgt, daß für den Fall der Parlamentsauflösung die Zeichnung der 800-Millionen-Anleihe für Deutschland durch den Wahlkampf beeinträchtigt werden könnte. Es heißt, daß Owen Young, der am Montag mit Macdonald und dem Finanzminister Snowden verhandelt hat, eine Verbindung der Auflegung der Zeichnungslisten angeregt habe.

Die Völkerbundsfrage.

Inhaltangaben der Entente-Antworten.

Paris, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag mittag wurde die Antwort der französischen Regierung auf das deutsche Memorandum in der Völkerbundsfrage der deutschen Botschaft überreicht. Sie brodatet strengstes Stillschweigen über den Inhalt der Note, entsprechend einer Vereinbarung mit der französischen Regierung, wonach eine Veröffentlichung erst im Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgen soll. Der „Temps“ stellt indessen mit, daß diese Antwort ungefähr die gleiche sein soll, wie die der belgischen und englischen Regierung. Sie entsprechen den Erklärungen Herriots in Genf: Die französische Regierung leiste keinen Widerstand gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Sie würde sich auch nicht einem dauernden Sitz Deutschlands im Völkerbundsrat widersetzen, aber sie sei der Auffassung, daß, wie Deutschland nicht der Gegenstand irgendwelcher Ausnahme sein dürfe, es auch nicht irgendein Vortrecht genießen könnte, daß es sich die Vorteile aller Verpflichtungen des Völkerbundsvertrages, die für die Mitglieder des Völkerbundes bindend seien, unterziehen müsse.

Die Vaterländischen in Potsdam.

Sie betrauern die Blamage.

Im großen Saal des Restaurants Sanssouci hatten zur gleichen Stunde, als Prof. Bafsch sprach, die „Vaterländischen“ Verbände ihre Mitglieder versammelt. General von Bartenwerfer hielt zunächst eine Ansprache. Freiherr v. Medem gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Beamten der Schutzpolizei auf Befehl des Ministers Severing den Franzosen Bafsch hätten schützen müssen. Den Schutz des Franzosen habe leider das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold übernommen, das durch diese Tat bei jedem rechtlich denkenden Menschen den letzten Rest von Achtung verlohren habe. (Das Reichsbanner kann stolz sein auf dieses Lob. Die Red.) In einer von der Versammlung angenommenen Entschließung wird betont, daß „die Farbe Schwarz-Weiß-Rot, die Ehre von Potsdam (1) gewahrt sei und sie immer zu Fahne schwarzweißrot schwören wollen.“ — Sie wollen eben potsdamlich bleiben.

Gewerkschaftsbewegung

Die KPD. zersplittert die Einheitsfront!

Es war schon eine recht nette „Einheitsfront“, die die KPD. sich in den verschiedenen gewerkschaftlichen Sonderorganisationen zurechtgemacht hatte. Die Sache ging ganz gut. Der Meyer, der Kaiser und der Schumacher handelten ganz im Sinne der KPD., als sie ihren eigenen Laden aufmachten und anderen darin mit gutem Beispiel voranzogen, ihnen Hoffnung machten, ebenfalls einen eigenen Laden aufzumachen. Bis der große Weltkongreß hinter diese Bonzenwirtschaft kam und Gegenordere gab. Da aber ein echter Revolutionär sich weder durch reformistische Zwirnspäden in Form von Satzungsparagrafen oder Verbandstagsbeschlüssen in seinem ungestörten Draufgänger jügend läßt, noch durch Weltkongreßbeschlüsse, ließ die KPD.-Zentrale sich verleiten, zu dem gleichen Mittel zu greifen, bis sie den freien Gewerkschaften stets so sehr übel nahm, und es als Zersplitterung der Einheitsfront bezeichnete. Das heißt, der Kaiser, der Schumacher und der Meyer, die Leiter dreier kommunistischer gewerkschaftlicher Sonderorganisationen, wurden aus der KPD. rücksichtslos ausgeschlossen. Alles das, was vormals die „Rote Fahne“ zu Ruhm und Preis dieses Kleeblatts verkündet hatte, wird ihnen jetzt als antisowjetische Verbrechen angerechnet. Es ist das aller schlimmste, das die KPD. ihren Ausgeschlossenen nachsagen kann: antisowjetisch!

Da den Antikommunisten nun auch die Spalten der „Roten Fahne“ verschlossen wurden, gründeten sie für ihre selbständigen Unternehmungen ein Korrespondenzblatt der selbständigen Verbände, das sie als „Zeitschrift für Gewerkschafts- und sozialistische Politik, Wirtschafts- und Arbeiterrecht“ bezeichnen, herausgegeben vom Kartell der selbständigen Verbände. Nicht genug damit, daß die KPD.-Zentrale ihre gewerkschaftliche Einheitsfront durch den Ausschluß dieser prominenten kommunistischen Gewerkschaftsführer zersplittert, zertrümmert sie jetzt geradezu die ganze Einheitsfront. Ihre „Einheitsfront“-Gewerkschaften der Eisenbahner, der Schiffer, der Chemischen Industriearbeiter und der Landarbeiter kamen zwar bei dieser Zersplitterung nicht direkt in Frage. Dagegen hat sie die Union der Hand- und Kopfarbeiter derart gespalten, daß sie nur noch die Industriegruppe Metall und Bergbau behalten hat und einen Rest des Reiches der ausgeschlossenen Bauarbeiter unter Führung von Otto Bachmann. Diese „Einheitsfrontverbände“ erklären, daß sie „mit diesem Nachwort von Korrespondenzblatt“ nichts gemein haben. Die „antisowjetischen“ Verbände, die Union, die Bekleidungsarbeiter, die ausgeschlossenen Buchbinder und Papierarbeiter, ein Teil der ausgeschlossenen Bauarbeiter und vielleicht noch der eine oder andere Splitter, liegen auf der anderen Seite vom Holzloß.

Wir wollen offen gestehen, daß uns dieses ganze Kleinholz machen an sich wenig kümmert. Die Anti- und die Bolschewisten mögen das unter sich ausmachen. Wenn diese Gesellschaft immer wieder versucht, unsere gewerkschaftliche Einheitsfront ebenso zu zersplittern, wie die Splitter, die sie davon losgeschlagen hat, unter der scheinbaren Angabe, sie wolle unsere gewerkschaftliche Einheitsfront herstellen, dann sagen wir ihr nur: Hände weg, Finger davon!

Der Streik der Mühlenarbeiter.

Durch den Streik der Mühlenarbeiter sind die Berliner Mühlen mit dem Beginn der gestrigen Tageslicht stillgelegt. Die Arbeiter der letzten Sonntagslicht haben auch diese Schicht schon nicht mehr verlassen. Die Belagerten sind dem Streikbeschluss ohne Ausnahme gefolgt. Die Notstandsarbeiten werden durch die von der Streikleitung bestimmten Arbeiter verrichtet, allerdings nur in einem Umfang, der den Erfolg des Streikes nicht in Frage stellt. Die Unternehmer bemühen sich bereits, die Technische Röhrlife zu holen, die wiederum wie im letzten Streik mit Arbeiten beschäftigt werden soll, die mit Notstandsarbeiten nichts zu tun haben.

Der Kampf der Mühlenarbeiter wendet sich zunächst gegen die zu geringen Lohnaufbesserungen, dann aber auch gegen die lange Geltungsdauer des Schieds-spruchs. Der Streik wäre zu vermeiden gewesen, wenn nicht die Praxis des Schlichtungsausschusses in letzter Zeit unerkennbar dahin ging, alle Lohnschiedsprüche auf mindestens drei Monate abzuschließen. Der Schlichtungsausschuss folgt damit offenbar den Weisungen von oben, die „Preis-schubkasson“ nicht zu hören. Bleibt nur die Frage: Wer stört den Preisabbau? Die Arbeiter, die das zum Lebensunterhalt nötige Einkommen fordern, oder die Kreise, die sich jeder etwaigen Kürzung ihres Profites widersetzen und die Preise erhöhen, anstatt sie abzubauen.

Die Lohnbewegung im Baugewerbe.

Die Berliner Tiefbauunternehmer lassen durch ein Nachrichten-bureau eine Polemik gegen den Schieds-spruch im Berliner Bau-gewerbe verbreiten, der die Löhne der Facharbeiter von 90 auf 96 Pf. erhöhte. Sie behaupten, daß der Lohn der Facharbeiter des Berliner Baugewerbes nach dem Schieds-spruch 14 Proz. über dem Friedenslohn liegt und daß diese hohen Löhne die Beschäftigung der Bauarbeiter und somit der gesamten Industrie gefährde. Die Reichs-regierung habe eine Verbilligungskommission angeordnet, wogegen die staatlichen Schlichtungsstellen bei ihren Schieds-sprüchen sich von Augenblicksbewegungen leiten lassen. Die Löhne der Berliner Bau-arbeiter lägen bereits weit über dem allgemeinen Lohnniveau der Berliner Facharbeiter. Der Arbeitgeberverband des Beton- und Tiefbaugewerbes habe deshalb den Schieds-spruch abgelehnt, während die Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes des Hoch-baugewerbes noch ausstehe.

Soweit die Polemik der Arbeitgeber des Tiefbau- und Beton-gewerbes, die bekanntlich die niedrigsten Löhne im gesamten Bau-gewerbe zahlen. Wenn der Schieds-spruch den Lohn der Facharbeiter von 90 auf 96 Pf. erhöht hat, so bleibt er damit noch hinter dem Reallohn des Friedens nicht unerheblich zurück. Nach der notorisch ungenügenden Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten beträgt die Steigerung 10 Proz. gegenüber 1914. In Wirklichkeit ist die Steigerung der Lebenshaltungskosten noch größer. Aber wenn die Unternehmer des Tief- und Betonbaues um eine Verbilligung der Baukosten so sehr besorgt sind, dann mögen sie sich doch einmal ein Beispiel nehmen an ihren amerikanischen Kollegen, die im technischen Fortschritt und nicht im Lohnrudel das Mittel zur Verbilligung der Baukosten suchen. Dann mögen sie auch sich an die Zigaretten wenden, die eben erst die Preise ganz erheblich erhöht haben, obwohl Kostenpreise und Frachtkosten herabgesetzt wurden.

Ein Vergleich der Bauarbeiterlöhne mit denen der Industrie-arbeiter ist schon deshalb unzulässig, weil die Bauarbeiter während des Winters längere Zeit zu frieren gezwungen sind. Daß die Löhne der Bauarbeiter so sehr über dem allgemeinen Lohnniveau der übrigen Facharbeiter in Berlin liegen, stimmt übrigens durchaus

nicht. Während im Bauberuf noch überwiegend in Zeitlehn gearbeitet wird, ist in den meisten anderen Berufen die Akkord-arbeit vorherrschend. Und hier sind die Löhne zum Teil nicht unwesentlich höher als die der Bauarbeiter. Es gibt aber auch Berufe, wo heute bereits höhere Stundenlöhne gezahlt werden als die durch den Schieds-spruch festgesetzten. Damit erledigt sich das Gerücht der Tiefbauunternehmer.

Drohender Streik im Eisengroßhandel.

Die Arbeitgeber des Eisen- und Stahlgroßhandels (Gruppe Reuhaus) glauben die Zeit gekommen, um in ihren Betrieben wieder die alte Wirtschaft einführen zu können. Als Vorbild haben sie sich den BWM. genommen. Lohnherabsetzung lehnen sie ab, dagegen kündigen sie den Mantelvertrag, um Urlaub und soziale Bestimmungen abzubauen. Der Arbeiterchaft hat sich durch diese Manöver eine starke Erregung bemächtigt, so daß, falls am Donnerstag der Schlichtungsausschuss dem Uebermut der Herren nicht einen gehörigen Dämpfer aufsetzt, der Streik unausbleiblich wird. Die Arbeiterchaft ist fest entschlossen, zur Beibehaltung menschenwürdiger Zustände und zur Eringung angemessener Löhne das äußerste Mittel anzuwenden. — Die Unternehmer haben es in der Hand, diesen das Berliner Wirtschaftsleben stark erschütternden Kampf abzuwenden. Hoffentlich kommt ihnen noch im letzten Augenblick die nötige Einsicht.

Achtung! SPD.-Metallarbeiter Achtung!

Am Donnerstag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr, in den Musikerkäfen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31

Versammlung aller SPD.-Metallarbeiter und -arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Kulturaufgaben der Sozialdemokratie. Referent: Genosse A. Gorlig. 2. Fraktionsangelegenheiten. — 3. Wahl des Fraktionsvorstandes. Für diese Versammlung muß rege Propaganda von den Vertrauensleuten gemacht werden. — Parteiausweis legitimiert! Der Fraktionsvorstand.

NB. Der Fraktionsvorstand tritt um 5 Uhr im selben Lokal zusammen.

Angestellte der Groß-Berliner Metallindustrie.

Der BWM. hatte die Angestelltengewerkschaften auf Grund des Schieds-spruchs zu einer Aussprache am Montag vormittag eingeladen, in der beauftragt wurde, daß die Vertrauenskommission des Arbeitgeberverbandes den Schieds-spruch abgelehnt hat. Nach langwierigen Verhandlungen ist folgende Vereinbarung zustande gekommen:

Für die Monate Oktober, November und Dezember 1924 gelten die gleichen Tarifgehälter, wie sie für die Monate April usw. vereinbart waren. Um wieder zu einer normalen Gehaltszahlung zu kommen, werden folgende Zahlungen vereinbart:

Oktober	November	Dezember
am 21. 31.	22. 29.	20. 31.
20 Proz. 85 Proz.	15 Proz. 90 Proz.	16 Proz. 100 Proz.

Vom 31. Dezember ab werden die Gehälter jeweils monatlich gezahlt.

AM-Metall-Kartell
Günther, Lange, Kote.

Streikgefahr im Chemikaliengroßhandel.

Dem Arbeitgeberverband des Großhandels hat der Deutsche Verkehrsbund für Oktober neue Lohnforderungen eingereicht. Der Syndikus Dr. Engel brachte die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss zum Scheitern. Große Unruhe bemächtigte sich der Arbeitnehmerschaft, so daß ein Streik unvermeidlich erscheint. Die gesamte Arbeitnehmerschaft der Firma Philipp Mühsam in Brix und Berlin legte am Sonnabend einmütig die Arbeit nieder, weil die Firma gleichfalls eine Lohnregelung ablehnte und die Arbeitnehmerschaft verpflichtet wollte, für 26 Wkz weiter zu arbeiten. Arbeiter übt Solidarität und meldet diese Betriebe!

Die Schuhfabrik Pinner legt den Betrieb still.

Weil die Stepperinnen der Firma sich keine Lohnkürzung gefallen lassen wollten, umweniger als Brot und andere Lebensmittel im Preise steigen, wurden am 1. Oktober auch die Arbeiter der Zuschneiderei, Stanzerei und Zwischerei entlassen. Die weiteren Abteilungen werden wohl bald folgen, so daß dann der gesamte Betrieb stillgelegt ist. Der Tarifbruch der Firma vom 13. September kam jedoch nicht durch weitere Tarifbrüche ungeschlagen gemacht werden. Die Belagerten der Firma Pinner läßt sich nun einmal keine Lohnkürzung gefallen und wird den Abwehrkampf durchführen, ohne sich bange machen zu lassen. Sie wird in diesem Kampfe von der gesamten Arbeitnehmerschaft der Berliner Schuh-industrie moralisch und finanziell unterstützt. Dreht es sich doch hier um einen Vorstoß zu einem allgemeinen Lohnabbau. Die Abwehr bei Pinner ist ein Kampf für die Gesamtheit und damit ein Kampf der Gesamtheit der Schuhmacher. Der Syndikus des Berliner Fabrikantenvereins, Dr. Fürst, hat bei den Verhandlungen am 3. Oktober deutlich genug angedeutet, daß die Angelegenheit in weitere Kreise ziehen werde, wenn die Arbeiterchaft bei Pinner nicht nachgibt. Damit ist indirekt eine allgemeine Ausspeerung angekündigt.

Daß die Lohnherabsetzung bei Pinner nicht auf die Stepperin beschränkt bleiben soll, geht daraus hervor, daß auch im Maschinen-fabrik heit Wochen Kupons ausgegeben werden mit verfürzten Akkordpreisen. Nur auf energischen Einspruch der Arbeiter wurde der alte Lohn noch ausgezahlt. Auch in der Zuschneiderei und in anderen Abteilungen sind Arbeiter beschäftigt, deren Akkorde so niedrig bemessen sind, daß sie nicht einmal die Mindestsätze des Tarifvertrages erreichen. Der Lohndurchschnitt aber ist keineswegs höher als in den anderen gleichartigen Betrieben.

Die Funktionäre der Berliner Schuhindustrie rufen der Belagerten von Pinner zu, in ihrem Kampfe auszuhalten.

Reichsbahn und Personalordnung.

Der Vorkommensausschuss des Afa-Bundes, dem Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, des Deutschen Beamtenverbandes sowie des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Banlangestellten an-gehören, hat sich in seiner Sitzung am Freitag erneut mit der Frage des künftigen Dienstverhältnisses der Arbeitnehmer der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beschäftigt, um die einzuwerbende große

Zahl der Afa-Verbände vorzubereiten. Er stellt noch einmal fest, daß zu der ersten Besprechung über den Entwurf für die Personal-ordnung, die am 25. September im Reichsverkehrsministerium statt-fand, der Afa-Bund nicht eingeladen war, trotzdem die vor-bezeichneten Afa-Verbände schon bisher die Hauptträger des Reichs-tarifs für die Angestellten bei den Reichsverwaltungen und -betrieben vom 2. Mai 1924 sind und der Abschnitt 14 Absatz 3 der Personal-ordnung die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag vorsieht.

Die in dem Entwurf genannte Gruppe der sogenannten Kündigungssbeamten würde zwar hinsichtlich der Unsicherheit der sozialen Lage durch kurze Kündigungsfristen den Angestellten gleich werden. Soweit aber die Angestellten den Beamten gegen-über heute günstigere Schutzbestimmungen haben, würden die Kündigungsbeamten wiederum „Beamte“ sein, d. h. das Ver-triebsrätegesetz bliebe auf sie ohne Anwendung. Der Afa-Bund hält diesen Entwurf für mannehmbar und wird weitere Schritte einleiten, um den betreffenden Kreisen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Der Streik im Nöhrenhandel beendet.

Die im Deutschen Verkehrsbund organisierten Arbeiter hatten dem Arbeitgeber-Verband eine Forderung auf Erhöhung der Löhne um 15 Proz. unterbreitet. Nach Ablehnung derselben durch die Unternehmer fällt der Schlichtungsausschuss einen Schieds-spruch, der eine 5prozentige Erhöhung vorsieht. Dieser Spruch wurde von beiden Parteien abgelehnt und in der Ur-abstimmung der Streik beschlossen.

Die gut disziplinierten Kollegen Abentrugen der Organisation die Auswahl der zunächst zu bestreitenden Betriebe. Diese An-weisung erging dann für fünf Betriebe, wo sie denn auch vollständig befolgt ward. Wie eine Erweiterung des Kampfes notwendig wurde, leiteten die Arbeitgeber neue Verhandlungen ein. Diese führten zu einer Lohnherhöhung von 13 Proz. Damit war der Streik beendet. Der glatte erfolgreiche Verlauf der Bewegung ist auf das gute Organisationsverhältnis und die Disziplin der beteiligten Verbandsmitglieder zurückzuführen.

Die fünfzigjährige Ameise.

Es ist kein Naturwunder, von dem wir hier berichten, sondern es handelt sich um das Verbandsorgan der Porzellanarbeiter, das am 2. Oktober 1874 als Wochenblatt ins Leben gerufen wurde. In der Frühzeit der Gewerkschaftsbewegung gab man den Gewerkschaftsblättern meist einen symbolischen Titel, von denen nur einige wenige beibehalten wurden.

Unsere „Ameise“ verbandt ihr auch für eine Gewerkschaftszeitung hohes Alter einem besonderen Umstande. Denn die meisten ihrer Schwestern, die vor dem Sozialistengeheiß geboren wurden, fielen dem Ausnahmegeheiß gegen die Sozialdemokratie zum Opfer. Die Porzellanarbeiter bildeten ursprünglich einen der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Da die Gewerksvereine aber „der friedlichen Entwidlung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit das Wort reden“ — wie es auch in der Programmklärung „an die Prinzipale und Personale“ der ersten Nummer der „Ameise“ hieß, war das freilich etwas anders. Verboten wurde nur die „Umsturz“-Presse. Trotz dieser Schonung waren die meisten Mitglieder des Gewerksvereins der Porzellan- und Glasarbeiter im Verlauf der sozialistengeheißigen Periode so sehr vom „Gift des Marxismus“ infiziert worden, daß sie am 25. Oktober 1891 ihren Austritt aus dem Gewerksverein beschlossen und sich freigewerkschaftlich organisierten. Die „Ameise“ hatte es bis dahin zu einer Auflage von 4000 gebracht. Heute erscheint sie in 48 000 Exemplaren für 60 000 Mitglieder. Sie hatte es schon auf 78 000 gebracht, bis die In-festation 1923 sie herunterholte.

Trotz ihres Alters hat aber „Die Ameise“ schon Vorläufer gehabt, die bis in das Jahr 1868 zurückweisen. Das „Koburger Volksblatt“ gab eine vierseitige Gratisbeilage als „Sprechsaal“ für die Arbeiterangelegenheiten der Porzellan-, Steingut-, Tonwaren- und Sideralithfabriken heraus. „Von dem läblichen Dreherparagrafen aus Berlin und Schlesien“ hatten 52 Personale auf 120 Exemplare des „Volksblatt“-Sprechsaals abonniert. Dieser „Sprechsaal“ wurde dann im Mai 1869 als Organ des Gewerksvereins der Porzellan- und Glasarbeiter eingeführt. Doch schon Ende 1873 brach der Gewerksverein seine Beziehungen zum „Sprechsaal“ ab. Das Hirsch-Dundersche Hauptorgan, der „Gewerksverein“, gab dann 1874 eine Beilage als Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter heraus, an deren Stelle dann ein eigenes Ver-bandsgorgan trat, das auf Vorschlag des Roabriter Ortsausschusses „Die Ameise“ genannt wurde. Seit 1877 trägt das Blatt — das zu seinem Jubiläum im Festgewande erscheint — die Rahmung Schillers an der Stirn:

Immer strebe zum Ganzen
Und kannst du selber kein Ganzes werden,
Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an.

Diese Rahmung, die Marx und Engels für die Arbeitnehmerschaft besonders formulierten, muß den Indifferenten heute wieder nähergebracht werden.

SPD.-Mitgliederversammlung des Afa-Bundes am Dienstag, den 7. Ok-tober, 6½ Uhr bei Krüger, Hauptstr. 31. Referent Genosse Wahl vom Ver-band des Reichsbanners. Erklärten aller Mitglieder unbedingt erforderlich. Zentralerabend der Schuhmacher, heute, Dienstag, Brandenburger-sammlung der Schlichtungsausschüsse, abends 6½ Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 23.

Angestellte der Kunst- und Buchbindereien, Donnerstag, den 9. Oktober, nachmittags 3 Uhr im Restaurant Schwendel, Schweden-, Ecke Gerzler-str. allgemeine Brandenburger-sammlung, Stellungnahme zum Schieds-spruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin am gleichen Tage zweite Beratung der Septembergehälter. S. u. c. h. D. B. M.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schöler; Feuilleton: Dr. John Schickowski; Lokales und Sonstiges: Hugo Böhm; Anzeigen: H. Glöck; Illustration in Berlin: Verlag: Bornhärt-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhärt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Diersz 3 Beilagen.

EINER
sagt es dem Andern

DUNLOP

CORD

die Weltmarke

bürgt für Qualität!

Turbin



TERPENTINÖLWARE
GRÖSSEN POSTEN WECHSELN
UND IN MITTEL GROSSEN
ÜBERALL ERHÄNLICH

Seit Jahrzehnten als
bester Schuhputz bekannt

Für Völkerverständigung und Völkerfrieden.

Massenbesuch der vier Friedensversammlungen.

In Berlin tagt augenblicklich der 23. Weltfriedenskongress. Aktive Pazifisten sind aus der ganzen Welt nach Berlin gekommen...

Wie denkt das Ausland über Deutschland?

Die Versammlungen waren ein eindrucksvoller Beweis dafür, wie weit die große Masse des Volkes von der Notwendigkeit des Friedens durchdrungen ist...

Im Südwesten.

In den Kammersälen in der Teltower Straße eröffnete die Versammlung Genosse Schwaan. Er vermißte auf den augenblicklich tagenden Weltfriedenskongress und betonte, daß er unter einem besonderen Zeichen stünde...

daß Deutschland sich in politischer und sozialer Beziehung günstig weiterentwickeln werde.

Nach ihm nahm das Wort Lippaczinski-Warschau. Dieser Redner betonte, die Demokraten aller Länder müssen dafür eintreten, daß der Nationalismus aller Länder beseitigt wird...

weil sie den Krieg verloren haben. Leider gebe es ja noch immer Leute in Deutschland, die die Zeit der Monarchen zurückwünschten...

Wir müssen eine Politik der Verständigung treiben.

Graf Kehler sagte in seinem Referat kurz die Erfahrungen zusammen, die er in Genf gemacht hat und die sind: Entspannung der Atmosphäre; aus dem theoretischen Pazifismus hat man...

einen großen Schritt in den praktischen Pazifismus

getan. Der Redner knüpfte daran die Folgerung, daß die Staatsmänner dazu aufgefordert werden müssen, an dem Wort festzuhalten, daß der Krieg ein Verbrechen ist...

Großer Jubel entstand, als General Berraug-Paris das Wort nahm. General Berraug stellte sich selbst die Frage: Ist es nicht verwunderlich, daß ein französischer Offizier, der am Krieg teilgenommen, heute und hier für den Frieden sich bekennt?

am Krieg nichts Horrendes

ist. Horrend dagegen ist die Versöhnung der Völker, ist der Völkerverbund. General Berraug überbrachte die Grüße der französischen Friedensfreunde, die vom Haag gegen Deutschland nichts wissen, und er ließ seine Ausführungen auslingen in einen begeisterten Hymnus auf den Frieden...

Im Nordosten.

In der überfüllten Versammlung in den Unionssteffsälen sprach als erster Redner Genosse Stevia, Chefredakteur des Prager sozialdemokratischen Blattes „Pravo Lidu“.

Krieg als internationales Verbrechen

zu kennzeichnen, ist eine der Hauptaufgaben der Friedenspolitik des Bundes. Die Bevölkerung, besonders des Arbeiterstandes, müsse einen starken Druck auf die deutsche Regierung ausüben...

Alsdann sprach Snyder, Amerika. Er habe die bestimmte Hoffnung, daß Deutschland durch die Kraft und Intelligenz der Arbeiterschaft aus seiner misslichen Lage herauskommen werde...

Sozialismus als eine Religion der Menschlichkeit

an, deren Evangelium alle Menschen umfassen könne. Der Friede ist die einzig mögliche Politik aller Völker. Menschen, die sich untereinander lieben, dürfen sich nicht bekriegen...

Als letzter Redner sprach der Präsident des Weltfriedenskongresses, der belgische Senator Genosse Lafontaine. Die christliche Religion ist keine Friedenshüterin, sie hat im Kriege die Wodwaffen segnet...

den Kriegshebern das Handwerk zu legen.

Die Erinnerung an die deutsche Besetzung Belgiens ist so tief in das Gedächtnis der Belgier gegraben, daß es nun größter Anstrengung bedarf, freundliche Gefühle für Deutschland zu erwecken...

Im Westen.

Im feudalen Westen, der gewiß nicht im Ruf steht, pazifistisch zu sein, war die Versammlung in den Spichernsälen überfüllt. Begeisterte Zustimmung fand Graf Kehler, als er von seiner Genfer Beobachtung berichtete...

Danach ergriff Miss Ingley aus Kalifornien das Wort. Sie ist eine unermüdete Fortkämpferin des Weltfriedens und Bekämpferin des Unpauens der Gewalt und Herrschaft. Im Mai 1919, vor der Unterzeichnung des Versailler Diktats, forderte sie in einer großen New Yorker Versammlung...

deutsch-französischen Friedensdenkmals

sprach, kam mit Jubel empfangen, mit Jubel belohnt, der pazifistische General a. D. Dr. h. c. Schönauß zu Wort. Die zwingende Logik seiner geist- und humorvollen Rede riß das Publikum zu einem in diesem Saal wohl nur ganz selten erlebten Interesse und Beifall...

In Moabit.

Im Moabiter Gesellschaftshaus sprachen acht Delegierte der Liga für Menschenrechte, die Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Amerikas, Japans und Danemarks, u. a. der frühere Prinz Max von Sachsen und Graf Kehler...

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexö.

Man drängte sich um ihn mit verschämtem, halb gehaltenem Lächeln.

„Nun, meine Herren, womit können wir Ihnen heute dienen?“ fragte Frank, der es gewohnt war, bei den vornehmeren Zechtumpen den Clown zu spielen.

„Eine Pfeife Tabak mit dem Hintern rauchen?“ brummte der alte Arzt, der Junggefelle war und sich immer zu den Jungen hielt.

„Hier ist ein Schnaps, aber schlag ihn dir lieber gleich in den Hals, das steht dir so brillant.“ Und der Arzt schenkte ihm ein Bierglas voll Kognak ein.

Frank blickte wieder fragend im Kreise um.

„Er soll uns seine Festrede von vorhin noch einmal halten.“ sagte einer.

„Ja, her mit den reinen Jungfrauen!“

„Hört, Meister, ihr müßt doch Wunder tun können, wenn ihr in diesem Sodom zweiundzwanzig solche Fabeltiere hervorzaubern könnt — haben sie ein ärztliches Attest?“

„Aber das ist ja strafbar.“

Frank lächelte unsicher vom einen zum anderen; er sagte nicht ganz, warum es sich handelte, hatte jedoch eine eingewurzelte Scheu vor gemeinen Reden.

„Sich nicht da und sich so scheinheilig dehin, alter Hahnrei!“ sagte einer und schlug ihn auf die Schulter.

„Darf ich die Herren darauf aufmerksam machen, daß Meister Frank unter meinem besonderen Schutze steht. Wer ihn beleidigt, beleidigt mich.“

„Meister Frank läßt sich nicht beleidigen!“ murmelte Frank und leerte das vierte Glas.

„Das ist ein vernünftiges Prinzip, dann überwirft man sich nicht mit seinen Mitmenschen. Darf ich ihnen die Hand drücken, großer Sokrates?“

„Mit seiner Frau ist er doch immer überworfen.“

„So —? Das kann ich nicht begreifen nach der Erklärung, die Sie soeben abgegeben haben.“ Prügeln Sie sie, was?“

„Man muß ja zumeilen zu diesem traurigen Ausweg greifen.“ sagte Frank und drehte an seinem leeren Glas.

„Die Frau sei ihrem Manne untertan, steht geschrieben, und was soll man wohl sonst anfangen, Herr Agent, wenn sie nicht im guten will?“

„Glaub ihm nicht, Dicker.“ sagte der Gerichtsschreiber. „Meister Frank ist ein großer Schelm.“

„Was, wollen Sie mit einem Bären aufbinden?“ brüllte der Agent mit verstellter Entrüstung.

„Hören Sie mal, wissen Sie was, mein Lieber, ich bin ein einfacher Mann, der sich und seine Familie rechtschaffen durch Agenturen und Alimantationen ernährt, und ich finde nicht nicht darein, daß mich jemand zum Narren hält.“ Er schlug auf den Tisch.

Die anderen murmelten beifällig, und Frank war anscheinend außerordentlich zernüchert.

Doch in Wirklichkeit war er nur damit beschäftigt, sie dazu zu bewegen, mit den besseren Trinkwaren herauszurücken. Er setzte eine Ehre darein, mit seiner Kenntnis der feinsten Sachen prahlen zu können, wenn er beim dicken Mads unter den Kameraden sah; das war sein einziger redlicher Ehrgeiz.

Aber hier waren mehrere Sorten, die man an seiner Nase vorbeigehen ließ.

Ramentlich fesselte seinen Blick eine Flasche mit grünem Inhalt; gespannt starrte er darauf und buchstabierte die Aufschrift. Absinth — das war ja das Getränk, das so wunderbar stark sein sollte, daß ein einziger Tropfen mehr trage als ein ganzes Liter vom besten Branntwein.

Der „deutsche Sohn“ kannte es und beteuerte, es fließe durch die Kehle wie geschmolzenes Blei. Daß sie ihm nichts davon anbieten, die Geißhölle!

Der Agent studierte die Richtung seines Blickes. „Na, heraus mit der Wahrheit!“ rief er. „Prügeln Sie die Frau oder werden Sie von ihr geprügelt?“

Franks Kopf war wieder verhältnismäßig klar, dank den kräftigen Getränken. Er war jetzt in dem Zwischenstadium von Unnebelheit, wo er gern den Anschein erwecken wollte, als tyrannisierte er seine Frau.

Er kämpfte einen harten Kampf mit sich selbst. „Es geht ja so auf und nieder.“ murmelte er endlich. „Auf und nieder? Was ist das, was auf und nieder geht? Altes Schwein, meint er, er könnte sich durch Indiskretionen drücken?“

Der Agent schenkte sich einen Absinth ein: „Na ja, ja, Meister, wie Sie wollen. Aber es gibt keinen Tropfen mehr für Sie, das will ich Ihnen sagen.“

„So bekennen Sie doch, Frank.“ sagte der Gerichtsschreiber und legte seine Hand auf seine Schulter. „Meine Frau prügelt.“ sagte Frank.

„Bravo!“ rief der Agent. „Die Wahrheit hat über die Lüge gesiegt, das Licht über die Finsternis!“ Er ergriff die Absinthflasche.

„Nein, wart ein wenig.“ sagte der Schreiber. „Franks Worte sind nicht so ohne weiteres zu glauben — wir haben ihn eben bei einer Lüge ertappt. Wir bitten um Beweise!“

„Ja, aber das ist ja etwas, was die ganze Stadt weiß.“ sagte Frank; „alle die Herren, die hier anwesend sind, können bezeugen.“

„Die ganze Stadt kann sich irren.“ unterbrach ihn der Schreiber streng. „Und was die hier anwesenden Herren betrifft, so sind sie, abgesehen von ihrem mehr oder weniger angeheiterten Zustand, von vornherein unbrauchbar als Zeugen. Dürfen wir also um die Beweise bitten!“

„Die Beweise?“ Frank brach in Gelächter aus. Er erkannte, daß man von ihm verlangte, er solle sein böses Weib als Zeugin herbeischleppen. Der Gedanke ergöhte ihn, trotz seiner Unmöglichkeit.

„Die Beweise, ja! Wenn ein Schlag gefallen ist, meine Herren, müssen auch Striemen davon zurückbleiben. Schneider Frank kann also sein Recht darauf, in dieser auserlesenen Gesellschaft zu verweilen, dadurch betunden, daß er es schwarz auf weiß zeigt. Will er das nicht, so —“ Hier machte der Redner mit dem einen Fuß eine bezeichnende Bewegung nach der Tür hin.

Schneider Franks Gesicht strahlte vor Verständnis; er hatte nicht geglaubt, daß es so leicht sei, sich hier das Bürgerrecht zu erwerben. In fieberhafter Hast zog er Rock und Weste aus und fing an, das Hemd heraufzuziehen. Eine kleine Handreichung, und er sah mit entblößtem Oberkörper da.

Man stürmte lachend um ihn zusammen und beglückte sich seinen streifen, farbenreichen Rücken, der in seiner Fülle an dunkeln Löwen an Pferdefleisch erinnerte. Es regnete saule Wiße auf ihn herab, und der Agent schenkte ihm einen Absinth ein, der allerdings wie Feuer und geschmolzenes Blei durch ihn hindurchschloß.

Als sie ihm wieder in seine Sachen geholfen hatten, wurde er ganz ausgelassen. Er trällerte und schwagte, machte immer wieder alle seine kleinen Kunststücke, bot sich als Zielscheibe für die Wiße der Zechtumpen dar, versuchte sich selbst in Kalauern auf seine eigenen Kosten und lachte unabdingbar darüber.

(Fortsetzung folgt.)

(Amerika) forderte Deutschland dringend auf, in den Bältern einzutreten und Inagaki (Japan) stellte fest, daß die Europäer erst den Kriegsgedanken dem japanischen Volk eingepflicht hätten. Dänemark bedankte sich durch seinen Christmannen der Wunsch nach guter Nachbarschaft. Die Ausführungen aller Redner gipfelten in dem Verlangen, Deutschland möge seinen Willen zur Demokratie und zum Frieden unbedingt durch Reichstagsauflösung und Neuwahlen dokumentieren. Der Leiter der Versammlung, Gen. Heinrich Bierbächer, dankte den ausländischen Friedensfreunden. Die Versammlung stimmte begeistert ein in das Hoch auf die Verständigung.

Das menschliche Lasttier.

Im Verkehr der Großstadtstraßen zwingt sich dem Beobachter ein hartes, einseitiges Bild auf: Automobile, Straßenbahnen, Fuhrwerke — Bild menschlicher Kraft und Klugheit, die lenkt und leitet, selbst aber körperlich nicht mitgenommen wird von der Last, die sie durch Führnisse befördert, vielen unbeteiligten Seuten oft Verderben und Gefahr. Die menschliche Seite des Gefühls, das Mitleid und Mitleiden, kann nur schwach zum Durchbruch kommen, wenn es sich um arme Lasttiere handelt, um Pferde, die vom Liebergewicht der Last gequält werden oder an Ueberarbeit zusammenbrechen. Dann sehen meist auch die anderen Räder still, es bildet sich ein Verkehrs-hindernis, und die Menschen der Straße bekommen plötzlich Lust und Mühseligkeit, sich Gefühlen hinzugeben, solche in Worten auszudrücken, ja, Feuer und Flamme zu werden, und in Parteinahme zu schweigen. Es ist dies eine Art Rache, die der merods gewordene Sklave des Straßenverkehrs an diesem nimmt — das Pferd steht auf (oder wird weggeführt), die Gloden schrillen wieder, die Hupen brüllen, Lenker und Leiter fluchen, und in Straßen und Herzen herrscht wieder die Maschine.

Es ist ein sehr einseitiges Bild, was wir vom Verkehr in uns tragen. Hätten wir mehr Zeit und Ruhe zur Beobachtung, wir würden Anderes, Stärkeres sehen, und unser Mitleid würde tieferes Erlebnis. Wann achten wir auf die menschlichen Lasttiere, wann haben wir Gefühl für sie, und wann können wir uns zu einer Gefühlswelle des Jornes dem Mißbrauch menschlicher Lasttragekraft gegenüber aufraffen?

Und doch hätten wir mehr als einen Grund dazu, und Gelegenheit bietet uns fast jede Straße. Da ist der kleine, schwächliche Lehrling, der Zentnerlasten von Eisenstangen auf dem Karren zu befördern hat und hilflos stehen bleiben muß, wenn eine Steigung ihm die Kraft benimmt. Da ist der Radfahrer, ein anderes Rad oder noch ungewohnte Ware auf dem Rücken schleppend. Da sehen wir einen Kaufmann mit einem Berg von Kartons auf dem Rücken, oder wir schauen sichtlich auf den feierlichen Zug von Plakatträgern — sie alle, jung und alt, sind schlimm mißbraucht als Pferde, nur sehen wir es nicht, nur achten wir nicht darauf. Wir halten uns selbst für so arme Opfer unseres Berufs, daß wir der ärmeren vergessen.

Sehen wir uns endlich einmal die Straße und den Verkehr gründlicher an. Entdecken wir das Leben darin, formulieren wir seine Gesetze. Das hilft uns, uns und anderen, denn überall wagt und tobt sozialer Kampf, und überall müssen wir ihn führen. Es gibt wenig Dinge und Probleme, die so zum Sozialismus führen können wie das der menschlichen Lasttiere. Beschäftigen wir uns damit! Es ist billiges Anschauungsmaterial einer großen Lehre und Erziehung zu ihren Zielen.

Reaktionäre von Rechts und Links.

Im Verwaltungsbezirk XVIII (Weihensee) wurde in der letzten Bezirksversammlung der Abbau unseres Genossen Fischer endgültig beschlossen. Neben den Bürgerlichen stimmten die drei Kommunisten und auch die zwei USPD-Vertreter dafür. Wie schnell bei den beiden letzteren Parteien sich die Meinungen, auch wenn sie gelegentlich als grundsätzliche bezeichnet werden, ändern, kann man daraus ersehen, daß bei der ersten Stellungnahme der Bezirksversammlung zur Abbaufrage sie mit uns der Auffassung waren, daß hier kein Abbau in Frage kommen könne. Der Sprecher der SPD, betonte bei dieser Gelegenheit noch besonders, daß sich ein Abbau nur gegen die Arbeiter-schaft auswirken könne und sie schon deswegen grundsätzlich dagegen seien. Nachdem der Magistrat nun trotzdem den Abbau eines Stadtrats verlangte, waren die Grundzüge und sonstige Bedenken verfloren und derselbe Sprecher beantragte namens der Kommunisten den Abbau eines weiteren Mitgliedes des Bezirksamtes, und zwar den des Bürgermeisters Genossen Panatuch. Dies erschien allen übrigen Fraktionen so sinnlos, daß die SPD, bei der Abstimmung allein blieb. Die sonst häufig genug auch bei den unsinnigsten Anträgen mit ihnen sympathisierenden Deutschnationalen und USPD, enthielten sich der Stimme. Wie die SPD und USPD die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter aufweisen, zeigt auch ihr Eintreten für den Abbau des Genossen Fischer, der Dezentrat des Wohlfahrtsamtes ist. Gegen seine Amtsführung sind niemals sachliche Erwägungen gemacht worden. Selbst der SPD-Vertreter erkannte bei einer früheren Gelegenheit die Tätigkeit des Genossen F. ausdrücklich lobend an und auch die USPD vertrat bisher den Standpunkt, daß dieses für die Arbeiter so wichtige Dezernat nicht den Bürgerlichen in die Hände gespielt werden dürfe. Jetzt aber taten sie es zur Freude der Bürgerlichen. Gerade die Ausführungen des deutschnationalen Redners hätte diese sogenannten Arbeitervertreter zur Besinnung bringen müssen. Jedoch heute blinder Haß. Es ist unsere Aufgabe, der Arbeiter-schaft die Augen darüber zu öffnen, wie ihre Unwissenheit täglich mißachtet werden. Die Kommunisten sind die treuesten Helfer der Reaktion. Ihre politischen „Toten“ werden von einer Mischung aus Haß, Irrsinn und Dummheit bestimmt.

Ueber das Thema „Bürgerblock und Republik“ — der Abbauforderung in Wilmersdorf sprach in einer gut besuchter öffentlichen Versammlung im Bismarck-Gymnasium in Wilmersdorf der Ministerpräsident a. D. Genosse Stelling. Er geißelte scharf das heuchlerische Gebaren der Deutschnationalen. Schon vor Jahresfrist waren sie bereit, Erfüllungspolitik zu treiben, um nur in die Regierung zu gelangen und die Preußen-Koalition zu sprengen. Der Verlust zur Herbeiführung des Bürgerblocks, wobei Stresemann den „Brüdenbauer“ abgab, ist eine Schmach der deutschen Politik. Schwärzgeschäfte

der schlimmsten Art sollen jetzt in der schicksalsschwersten Stunde Deutschlands abgeschlossen werden. Ein Bürgerblock wäre in der Luherpolitik gleichbedeutend mit einem Mißtrauen gegenüber Deutschland und eine vollständige Isolierung. Auch kritisierte der Redner scharf die jetzige Politik der Rechtsregierung in Reckenburg, die Mißwirtschaft in der Finanzpolitik. Ueber den Abbauforderung in Wilmersdorf sprach alsdann Genosse Lüdemann. In kurzen Umrissen zeigte er das ganze reaktionäre Gebaren der Deutschnationalen und der Volkspartei. Den Herrschenden komme es in Wilmersdorf darauf an, den alten Ruhm Wilmersdorfs als reaktionäre Gemeinde hochzuhalten. Den Boden der Sachlichkeit haben jedenfalls die Verhandlungen in der Bezirksversammlung verlassen. Hier wird jedes Recht mit Füßen getreten. Ein Beamter, der sich bei der armen Bevölkerung hoch verdient gemacht habe, wird durch diesen Mangel beseitigt. Mit einem Hoch auf die Republik und die Partei schloß die Versammlung, nachdem folgende Entschliebung angenommen war:

„Die im Bismarck-Gymnasium am 3. Oktober tagende Bezirksversammlung Wilmersdorf nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem einseitigen Abbau in dem Bezirksamt Wilmersdorf. Sie spricht dem Stadtrat Oppel für seine bisherige aufopfernde Tätigkeit ihren Dank und ihr Vertrauen aus und fordert, daß er im Interesse der armen Bevölkerung Wilmersdorf in keinem Amt verbleibe.“

Ein Krankenhaus-Jubiläum.

Das von der Stadt Berlin geschaffene Krankenhaus Friedrichshain besteht jetzt fünfzig Jahre. Am 8. Oktober 1874 wurde es eröffnet und mit den ersten Kranken belegt. Schon lange hatte der Magistrat die Einrichtung eines eigenen städtischen Krankenhauses beabsichtigt. Noch vor dem Krankenhaus Friedrichshain konnte im Jahre 1872 das städtische Barackenzarett Roabit eröffnet werden. Es war als Pockenlazarett gebaut worden, weil nach Ausbruch der Pockenepidemie im Jahre 1871 die bereitgestellten Lazarette nicht genügten. Als dann die Epidemie im Frühjahr 1872 wieder Ernterose erlosch, wurde das Barackenzarett als allgemeines Krankenhaus in Benutzung genommen. Das Krankenhaus Friedrichshain ist aber in seinen Anfängen tatsächlich älter als das mit großer Hast in der kurzen Frist von nur drei Monaten errichtete Barackenzarett Roabit. Zur Förderung des von der Stadt gehegten Planes eines eigenen allgemeinen Krankenhauses vermachte ihr im Jahre 1864 ein Rentier Jean Jacques Pasquel ein Kapital von 50 000 Talern für ein solches Krankenhaus mit der Bedingung, daß bis Ende 1868 der Bau begonnen sein müsse. In den Jahren 1867 und 1868 wurden die Entwürfe aufgestellt und von den Gemeindebehörden beschlossen, und so konnten dann noch vor Ende 1868 die Fundamentierungsarbeiten in Angriff genommen werden. Die Bauausführung dauerte fast sechs Jahre, bis zum Herbst 1874. Die Kosten des Baues samt Inveniar beliefen sich auf über 4½ Millionen Mark, was für die damaligen Verhältnisse eine sehr beträchtliche Summe war. Als die neue Anstalt am 8. Oktober 1874 eröffnet wurde, war sie zur Aufnahme von 820 Kranken (572 Erwachsenen und 48 Kindern) eingerichtet. Die Bettenzahl ist später durch Verneuerung der Pavillons bis über 900 gesteigert worden.

Eine Falschmünzerbande vor Gericht.

Schwere Strafen verhängte das Schöffengericht-Mitte gegen eine fünfköpfige Falschmünzerbande, die in großem Umfange gefälschte Billionenscheine der Reichsbahn in den Verkehr gebracht hat. Die Scheine waren in einer Gastwirtschaft in der Linienstraße, das Stück zu 1,60 M., erworben worden. Die Bande hatte ihre Tätigkeit auch in Kottbus und Sachsen ausgeübt. Der größte Teil der Angeklagten war wohnungslos. Verurteilt wurde der Expedient Eugen Drex zu drei Jahren Zuchthaus, der aus Wina stammende Reisende Gorpstein zu zwei Jahren Zuchthaus, der Konditor Alred Skala zu zwei Jahren Gefängnis, der Kaufmann Wilhelm Eichauer und der Wäcker Waldemar Hirschmeyer zu je einem Jahr drei Monaten Gefängnis. Sämtliche Angeklagte erhielten noch fünf Jahre Ehrverlust.

Wissenschaftliche Diskussionsabende für Beamte.

Auch in diesem Winter werden die Wissenschaftlichen Diskussionsabende für Beamte fortgesetzt. Tagespolitik ist ausgeschlossen. Die Kurse nehmen auf die Vorbildung der Beamten und die besonderen Schwierigkeiten Rücksicht, die sie bei der Vertiefung in die Probleme des wissenschaftlichen Sozialismus haben. Auf Grund der Erfahrungen des letzten Winters ist folgender Plan aufgestellt: 11. Oktober, Söhne: Diktatur des Proletariats. 25. Oktober (Referent voraussichtlich Crispian): Begriff des Klassenkampfes. 8. November, Falkenberg: Proletariat und Mittelstand. 22. November, Sebi: Nationalismus und Internationalismus. 6. Dezember (Referent voraussichtlich Bernheim): Materialistische Geschichtsauffassung. Die Abende finden jeden zweiten Sonnabend in der juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 8, pünktlich um 7½ Uhr, statt. Es wird erwartet, daß die parteigenösslichen Beamten an diesen Kursen, die eine Ergänzung der gewerkschaftlichen Kurse des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes darstellen, vollständig teilnehmen.

Wieder ein schwerer Straßenbahnunfall. An der Ecke der Hufschien- und Voltastraße fuhr ein Wagen der Linie 9 in schnellem Tempo um die Ecke, wurde dadurch aus den Schienen geschleudert und raste gegen den Bürgersteig, der Anhängler stürzte um und begrub unter sich eine gerade vorbeikommende ältere Frau, die sofort tot war. Mehrere im Anhängler sich befindende Fahrgäste erlitten Verletzungen und wurden in das Krankenhaus transportiert.

„Das Luftschiff als Fluchthelfer.“ In der ersten Beilage zum „Borowärts“ vom Sonnabend, den 27. September d. J., ist in einem Artikel, der die Ueberfahrt „Das Luftschiff als Fluchthelfer“ trägt, von dem Landratsamt Niederbarnim die Rede. Da das in dem Bericht erwähnte Gut Kadewalde bei Baruth im Kreise Jüterbog-Luckenwalde liegt, kommt natürlich nur das Landratsamt Jüterbog-Luckenwalde als Kläger in Frage.

Deutsche Freunde des Oskertums. Sonnabend, 11. Oktober, 7 Uhr abends, Schaulaule Reichstagsufer 6; Dr. Hans Simon: Der europäische Frieden. Heinrich Beder: Aufgaben und Aussichten einer deutschen Oskertbewegung.

In voller Fahrt!

Ein tollkühner Eisenbahnräuber.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich wegen einer großen Reihe ungemein verwegener und gefährlicher Eisenbahn Diebstähle der vierfach vorbestrafte Arbeiter Edmund Romack in Gemeinschaft mit acht weiteren Angeklagten zu verantworten. Eines Tages will der Angeklagte auf dem Güterbahnhof gesehen haben, wie ein Zugszug in Gemeinschaft mit einem Eisenbahnbeamten in aller Gemütsruhe einen Postwagen beraubte. Dies brachte ihn auf den Gedanken der Postwagenberaubung im großen Stil. Er wendete dabei eine höchst lebensgefährliche Methode an. Beim Verlassen der Züge auf dem Schleifschienen Bahnhof sprang er auf die linke Seite des in voller Fahrt befindlichen Zuges, kletterte auf der Trittbrettern zum Postwagen. Nachdem er die Briefkäufe mit einer Zange geöffnet hatte, ging er an die Beraubung des Wagens. Um mit seiner Beute an der rechten Seite abspringen zu können, kletterte er während der Fahrt mit seinen Beuteflächen unter den Wagen hindurch und sprang dann ab. Mehrfach hat er sich hierbei Schaben getan und sich auch den Fuß verstaucht. Das hinderte ihn jedoch nicht, neue Raubzüge zu unternehmen. Die übrigen Angeklagten waren der Beihilfe und der Heberei beschuldigt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Romack drei Jahre Zuchthaus und Ehrverlust; gegen die übrigen Angeklagten teils Freisprechung, teils Gefängnisstrafe. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis gegen Romack, gegen die fünf anderen Angeklagten auf ein bis fünf Monate Gefängnis; drei wurden freigesprochen.

Der Tod hat geklopft. Am 2½ nachts läutete es heftig in der Rettungsstelle Gitschiner Str. 106. Als der Sanitätsbeamte öffnete, sah er vor sich einen Mann, der plötzlich zusammenbrach. Er trug ihn schleunigst in das Zimmer hinein, wo er bemerkte, daß er einen Toten vor sich hatte. Nach vorgefundenen Papieren handelt es sich um den Hochbahnkassierer Otto Pfeil aus der Alexandrinenstr. 116a, der an hochgradiger Lungentuberkulose litt und dessen Leben allem Anschein nach ein Lungenschlag ein Ende gemacht hatte.

Ein Kursus für Schwerhörige. Am 9. Oktober d. J. beginnt in der Fortbildungsschule für Schwerhörige und Taube, Berlin NW. 6, Albrechtstr. 27 (nahe dem Bahnhof Friedrichstraße) wieder ein Kursus für hochgradig Schwerhörige im Ablefen und in der Erhaltung der Sprache, desgleichen ein Kursus für Sprachstamme. Anmeldung sofort in der bezeichneten Schule beim Direktor Schorsch täglich vormittags 9—10 und Donnerstag nachmittags 5—6 Uhr.

Die Eisenbahnausstellung in Seddin. Der vergangene Sonntag brachte der Ausstellung nicht weniger als 45 000 Besucher; die Gesamtzahl hat sich somit auf 200 000 erhöht. Der Schluß der Ausstellung ist nunmehr auf Sonntag, den 19. Oktober, festgesetzt.

Prof. Dr. Feilichhof Hansen spricht heute Dienstag, den 7. Oktober, nachm. 6½ Uhr, im Berliner Rundfunk über: „Der Bälternbund auf dem Wege zur Universalität.“

Das Reichspostmuseum bleibt wegen innerer Arbeiten vom 6. bis einschließlich 11. Oktober geschlossen.

Trauerfeier für die Toten von Mainz.

Für die bei dem Eisenbahnunglück im Mainzer Tunnel verunglückten 4 Deutschen fand gestern vormittags 8 Uhr in der Kapelle des städtischen Friedhofs eine Trauerkundgebung statt, bei der im Auftrag des Oberkommissars der Rheinlandkommission Tirard der stellvertretende Oberdelegierte Wolfsoni an jedem der vier Särge einen Kranz niederlegte. Ebenso erfolgten Kranzniederlegungen seitens der Direktion und des Personals der Regie und des französischen Armeebischofs. Nach dem Trauergebet wurden die Leichen nach dem Bahnhof gebracht, wo sie, entsprechend den von den Familien getroffenen Bestimmungen, weitergeleitet wurden. Für den verunglückten französischen Regiebeamten Wrenier wurde eine Trauerfeier im französischen Militärzarett abgehalten.

Eisenbahnkatastrophe in Südafrika.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Sonntag früh bei Durban (Kapland). Der von dort abgehende Postzug geriet auf ein Nebengleis und stieß mit einem dort stehenden Güterzug zusammen. Der erste Wagen des Postzuges wurde vollständig zertrümmert. Vier Personen wurden getötet, 19 schwer verletzt.

Versuche mit „Mutterluftschiffen“ in den Vereinigten Staaten.

Im Staate Ohio sind Versuche angestellt worden, von einem leichten Luftschiff, dessen oberer Teil als Flugart hergerichtet ist, kleinere Flugzeuge aufzulegen zu lassen. Die Versuche seien vollkommen geglückt. Man hofft, nicht nur die Flugzeuge ablegen zu lassen, sondern sie auch nach Beendigung ihrer Mission wieder an Bord des Mutterluftschiffes aufnehmen zu können.

Uberschwemmungen und Schneefall in Frankreich. Aus Südf Frankreich werden starke Überschwemmungen gemeldet, die auf die heftigen Regengüsse der letzten Tage zurückzuführen sind. Ganze Ortsschaften sind überschwemmt. Der Verkehr ist teilweise unterbrochen. In den französischen Alpen fällt seit gestern Schnee.

Selbstmord an Heines Grab. Am Sonnabend ließ sich ein 19-jähriger deutschböhmischer Student namens Alfons Raus nach Torreschlus in Paris auf dem Friedhof von Montmartre einschließen und schob sich mitten in der Nacht am Grabmal Heinrich Heines eine Kugel in den Kopf.

Das Expeditionschiff „Grönland“ gelandet. Der bekannte Grönlandfahrer Einar Mikkelsen, der seit dem 28. September als Vermittler galt, ist mit seinem Expeditionschiff „Grönland“ wohlbehalten im norwegischen Hafen Poide eingetroffen.

Die Schäden des Erzerumer Erdbebens. Nach einer Meldung aus Konstantinopel sind in dem Bezirk Erzerum während der letzten Erdbeben 200 Personen getötet worden. Ferner sind 600 Stück Vieh umgekommen, 8872 Wohnungen wurden völlig zerstört und 2800 beschädigt.



dieser kostbare Stoff, welcher in der weltberühmten Ray-Seife enthalten ist, hat eine doppelte Wirkung. Erstens erzeugt Ei, wie seit Jahrhunderten bekannt, eine zarte, reine und jugendfrische Haut, und zweitens einen prächtigen Schaum von wunderbarer Weichheit und ganz eigenartiger Konsistenz. Auf Grund dieser beiden Vorzüge wird Ray-Seife seit 23 Jahren als die beste und im Gebrauche mildeste Toilette-Seife angesehen. Verlangen Sie Klar und deutlich:

Ray-Seife

Der Weltfriedenskongress.

Erster Tag.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Graf Harry Reher, über dessen Rede wir schon in der Abendausgabe berichteten, führte weiter aus, die deutsche Regierung habe den aufrichtigen Wunsch, bald in den Völkerbund einzutreten. Das Aufnahmegericht habe lediglich deshalb nicht mehr gestellt werden können, weil die notwendigen, der Information dienenden Vorbereitungen durch die Schuld und Unklarheit englischer Erklärungen unserer Delegierten in London gegenüber zu spät begonnen worden seien.

Frühhof Nanjen.

Der große Skandinavier, berüchtigt, häufig von Beifall unterbrochen, über die Arbeit des Völkerbundes. Es seien nicht nur Beschlüsse gefaßt, es sei auch praktische Arbeit, wie z. B. die Heimführung familiärer Kriegsgefangener, geleistet worden. Auch sei es dem Völkerbund gelungen, Streitigkeiten zwischen Süd-Slawen und Albanien zu schlichten, in einem ernsthaften Konflikt zwischen Schweden und Finnland vermittelnd einzugreifen, den Korfu-Fall zwischen Italien und Griechenland befriedigend beizulegen und auch englisch-französische Gegensätze auszugleichen. Nach langen vergeblichen Bemühungen von privater Seite sei es dem Völkerbund gelungen, Deutsch-Osterreich zu sanieren; jetzt sei er dabei, Ungarn zu helfen. Mit Befriedigung müsse es auch erfüllen, daß es dem Völkerbund gelungen sei, eine Anleihe aufzunehmen, die es einer Million Türkeiflüchtlinge ermöglicht, sich in Griechenland anzusiedeln. Auf Grund all dieser Tatsachen gingen auch allmählich diejenigen an, das Wirken des Völkerbundes zu würdigen, die ihm bisher skeptisch oder sogar höhrend gegenüberstanden. Erfreulich sei es, daß sich nun

allmählich auch in Deutschland ein Wandel zur Friedensgegnung bemerkbar macht, und nichts sei mehr zu wünschen, als daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund bald geschieht. Deutschland werde willkommen sein. — Im Anschluß an das Referat Nanjens beschloß man die sofortige Abendung eines Telegramms an das dänische Parlament, dem soeben von der dänischen Regierung ein Gelegenheitswort zur vollständigen Abrüstung vorgelegt worden ist; der 23. Weltfriedenskongress hofft, daß das Gesetz angenommen wird.

Nach einer äußerst lebhaften Debatte zwischen Dr. Pflug-Hamburg und Geh. Rat Heilberg-Berlin über die Frage, ob Deutschland dem Völkerbund beitreten soll, ohne daß die im Versailleser Vertrag betriehten Schuldfrage resolu gefaßt sei, forderte die überwiegende Mehrheit der Versammlung mit Heilberg den sofortigen Eintritt Deutschlands.

Die Nachmittagsitzung des Kongresses begann mit einem feinen Intermezzo. Frau Verlen-Stuttgart kam nochmals auf die Tatsache zu sprechen, daß die

deutsche Regierung bis jetzt den Kongress noch nicht offiziell begrüßt

hat. Die Rednerin vermutet stark, daß dieses Versäumnis eng mit dem Kuhhandel der Regierung mit den Deutschnationalen zusammenhängt und stellt diese Tatsache selbst auf die Gefahr, eine Rüge vom Präsidenten zu erhalten, fest. Professor Duidde als Vorherrschender versicherte unter allgemeiner Heiterkeit, daß zu einer solchen Rüge keinerlei Veranlassung vorliege. In der zweiten Debatte erklärte Geheimrat Heilberg-Breslau, daß die Frage, weshalb die deutsche Regierung vom Kongress noch keine Rüge genommen habe, noch nicht ganz geklärt sei.

Eine lebhaft ausgeführte Aussprache entspann sich dann nochmals über die Frage der Zweckmäßigkeit der Kriegsschuldfrage, wobei Genosse Professor Kawerau-Berlin unter dem Beifall der Versammlung betonte, daß es nicht möglich sei, diese Frage ohne sachliche und einwandfreie Unterbrechung zu klären. Professor Duidde stellte fest, daß der Londoner Kongress vor vier Wochen geschick in dieses Wespennest gegriffen habe, indem er zunächst einmal eine Resolution angenommen habe, die besagt, daß die

Kriegsschuldfrage nicht durch ein Diktat gelöst, wie es der Versailleser Vertrag darstellt, sondern dieses Problem nur durch Öffnung aller Archive geklärt werden könne, daß es aber unzumutbar sei, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund von dieser Frage abhängig zu machen.

Gegen Schluß der Versammlung wurden mehrere Anträge des Ausschusses für aktuelle Fragen angenommen. Einer von ihnen behandelte die Frage der politischen Gefangenen. Der Kongress erfuhr alle Friedensfreunde, eine wohlwollende großzügige Behandlung der politischen Gegner und besonders der politischen Internierten und Gefangenen in allen Ländern zu fordern. Er erfuhr fernerhin die Regierungen und Parlamentarier der Staaten, die es angeht, ihren Willen zum Frieden und zur Menschlichkeit dadurch zu beweisen, daß sie unverzüglich für die politischen Gefangenen im weitesten Umfang Amnestie gewähren. In einem weiteren Antrag erinnert der Kongress angedehnt der kriegerischen Ereignisse, die China zerfleischen und scheinbar von fremden Einflüssen begünstigt werden, an die Gefahren, welche alle Kriegsausbrüche selbst in fernen Ländern für die Gesamtheit der Staaten enthalten; ferner daran, daß es keinen Konflikt gibt, der nicht nach den Grundgesetzen des Rechts und der Billigkeit erledigt werden könne. Ein weiterer Antrag beschäftigte sich mit der gepanzenen Lage auf dem Balkan, ein anderer mit dem Schutz der nationalen Minderheiten. Schließlich begrüßte der Kongress auch noch die Annahme des Dawes-Gutachten, die von Deutschland geleistete Hergebe von Pfändern und Garantien und die Mobilisierung der deutschen Schuld, den Verlauf der Londoner Konferenz und der fünften Völkerbundstagung, die Aus-

Die Schundliteratur

bekämpft die Kinderfreundeorganisation durch Errichtung von Kinderlesestuben und Bibliotheken Helft mit, daß die Bücherchränke voll werden! Schickt Geld an die Zentrale der Kinderfreunde, Lindenstr. 3

übung der effektiven Militärkontrolle durch den Völkerbund, die vereinbarte Räumung des Ruhrgebiets, die beabsichtigte neue Abrüstungskonferenz, die Antinäpung deutsch-französischer Handelsvertragsverhandlungen, alles Ereignisse, die den wahren Frieden vorbereiten. Der Kongress bestätigte andererseits, daß die soziale, vollständige Erfüllung der Reparationen, der Wiederaufbau der zerstörten Gegenden Frankreichs und Belgiens von rechtlichen und tatsächlichen Gesichtspunkten aus unerlässlich sei. Der Kongress richtete schließlich an die deutsche Regierung das dringende Ersuchen, die Aufnahme in den Völkerbund zu beantragen.

Eine Abordnung beim Reichspräsidenten.

Am Spätnachmittag empfing Reichspräsident Ebert eine Abordnung des Weltfriedenskongresses. Es waren delegiert für Belgien Senator La Fontaine, für Frankreich Präsident Buisson und General Berraug, für England Mrs. Lawrence und Mrs. Edison, für Deutschland Professor Duidde, für die Tschechoslowakei Genosse Josef Stovin, Chefredakteur des tschechisch-sozialdemokratischen Zentralorgans, für Dänemark Peters, für Norwegen Nanjen, für Schweden Sanftaeb, für die Schweiz Golan, für Polen Dr. Pollak, für Österreich Professor Rudolf Goldscheldt und für Amerika Mrs. Call

Deutschnationale gegen Wallraf!

Die „Deutsche Tageszeitung“ ergeht sich in einem spaltenlangen Klage- und Wutgeheul darüber, daß das Reichstagsgebäude dem Weltfriedenskongress für seine Eröffnungsfest zur Verfügung gestellt worden ist. Hat sie vergessen, daß zurzeit ein deutsch-nationaler Reichstagspräsident das Verfügungsrecht über das Reichstagsgebäude hat oder hat sie es nicht vergessen? Der erste Fall würde auf eine besondere Gedächtnisschwäche schließen lassen, der zweite auf die besondere Freundschaft des deutschnationalen Blattes für den Gesinnungsgenossen ihres Chefredakteurs in der Jagerei, Herrn Wallraf. Auf alle Fälle zeigt der Erguß der „Deutschen Tageszeitung“, wieviel internationalen Laft von einer Regierung zu erwarten ist, in der die Deutschnationalen den „maßgebenden Einfluß“ besitzen.

Weiter für Berlin und Umgegend. Etwas kühler, meist bewölkt, später Regen, zunehmende südwestliche Winde.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Montag, den 6. Oktober.

1. Rennen. 1. Bolkenhieber (Gittner), 2. Paris (Kalk), 3. Brös (Pilsomb). Toto: 88 : 10. Platz: 32, 17, 32 : 10. Ferner liefen: Turfball, Sanft Martin angeh., Reichard, Meuschmarz, Egel.
2. Rennen. 1. Hiltrud (v. Borde), 2. Cham Dich (Fr. Staubinger), 3. Hellarola (v. Gderisberg). Toto: 26 : 10. Platz: 13, 21, 17 : 10. Ferner liefen: Kelterheide, Mein Trophäe, Radels, Theorie II.
3. Rennen. 1. Magnolie (Edler), 2. Labrador (Buck), 3. Schirmher (Certe). Toto: 31 : 10. Platz: 29, 17, 26 : 10. Ferner liefen: Egel, Eddow gel., Don II gel., Karibial II angeh., Wängmeister, Kückgraf gel.
4. Rennen. 1. Dürsch (v. Borde), 2. Trugschuh (v. Gderisberg), 3. Sommerlor (Fr. Staubinger). Toto: 15 : 10. Platz: 11, 15 : 10. Ferner liefen: Volestrina.
5. Rennen. 1. Seibud (Zimmerman), 2. Pippa (Thelemann), 3. Hellenfer (Grabsch). Toto: 22 : 10. Platz: 17, 31, 68 : 10. Ferner liefen: Lemmel, Obotrit, Laurin, Bohmenteserl, Eteglis, Rump, Annabel, Borussia, Lindwurm.
6. Rennen. 1. Fliegender Holländer (Certe), 2. Heilberg (v. Gderisberg), 3. Käfer (R. Broda). Toto: 22 : 10. Platz: 13, 13 : 10. Ferner liefen: Kougleur, Mirafel.
7. Rennen. 1. Dink (W. Lewicki), 2. Etri (Edler), 3. Lachlase (Quade). Toto: 68 : 10. Platz: 10, 20, 30 : 10. Ferner liefen: Cuo vobis, Karmenal, Reptun, Gernin, Otto, Amara, Gauberslöde, Certe.

„Tag der Schwergewichte“ im Sportpalast.

Das sowohl an Reichhaltigkeit wie an Güte im deutschen — und wohl auch im ausländischen — Sportbetrieb einzig dastehende Programm für den nächsten Kampftag am 10. Oktober im Sportpalast ist nunmehr fertiggestellt. Es präsentiert sich als ein Schwergewichtsprogramm von größter Dimensionen. Im Hauptkampf des Abends tritt Hans Dreierkämpfer auf den australischen Schwergewichtsmesser George Cook, einem Boxer von internationaler Geltung. Der Kampf geht über 10 Dreiminutenrunden, gemäß den Bestimmungen für internationale Kämpfe in vier Lagen-Handschuhen. Der Schweizer Europameister Element erhält in Sabri Mahir unseren besten technischen Vertreter zum Gegner, dieser Kampf geht über acht Runden von je drei Minuten, vier Lagen-Handschuhen. Die weiteren Kämpfe des Abends, in denen aufgedachte Vertreter des Nachwuchses im Ring erstrahlen werden, gehen über je sechs Runden in sechs Lagen-Handschuhen. Grammeurmeister Franz Dienert hat den versprechenden österreichischen Schwergewichtler Heinz Darks Wien zum Gegner erhalten, der durch seine schnellen Siege auch hier bekannt gewordenen Max Schmebling. Darks kämpft gegen den jetzt sehr verbesserten Max Dittmann-Berlin.

Olympia-Rodrennbahn. Noch kurz vor Lorenzschluß wartet die Direktion der Olympiabahn bei ihrem nächsten Rennen am Sonntag, den 12. d. Mts., mit einem erstklassigen Programm auf. Nach langen Bemühungen ist es gelungen, für diesen Sonntag den Stundenweltreordmann van Kuyssell zu verpflichten, der in letzter Zeit einer ganzen Anzahl Rekorde den Garus machte. Entsprechend der Stärke dieses Jahres sind deutscherseits die zurzeit besten Fahrer Samell und Saldow verpflichtet. Als vierter Teilnehmer ist der französische Weltreordmann Grasslin in Aussicht genommen. Die Verhandlungen schweben noch, stehen aber kurz vor dem Abschluß. Die Dauerrennen führen über 20, 30 und 50 Kilometer. Pflanzrennen werden das Programm vervollständigen.

Ein Jeder zufrieden

Und das Schweinchen wird immer dicker!



Die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ muss doch wohl etwas ganz Besonderes sein! Ein jeder schätzt sie, man kann reichlicher als früher verzehren, und doch erspart die gute Hausfrau viel Geld, das vielleicht den Kindern am Geburtstage zutatten kommt, wo ihnen damit eine unerwartete Freude bereitet werden kann. Unser Kirschenverfahren ist die Lösung des außerordentlichen Erfolges von „Schwan im Blauband“.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.

Schwan im Blauband

frisch gekirnt



Dem Genossen Emil Barth und seiner lieben Frau senden die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Unserem Genossen Emil Barth und Frau zur heulichen Silberhochzeit herzlichsten Glückwunsch.

Verlangen Sie beim Einkauf ausdrücklich den echten Kapitän-Kantabak. Nur dann sind Sie sicher, ein erstklassiges bestes Fabrikat zu erhalten. In den meisten Geschäften erhältlich. Neue Niederlag, richtet ein C. Röcker, Berlin, Lichtberger Straße 22 (Kpt. 3451).

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin :: Branche: Gas- u. Wasserwerke. Achtung! Dienstag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Johannisstr. 14-15, Hof 1. 1. Allgem. Funktionär-Versammlung sämtlicher Gas- und Wasserwerke. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Schiedsgerichten — 2. Freie Aussprache. Erscheinen aller Funktionäre ist erforderlich. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Organisationsausschuss ist pünktig um 7 Uhr im Saal zu erscheinen. Die Versammlung. 3. 3. Gegen.

Nachtrag! Nach hundert Krankenlagern sind unermesslich unter lieber Reize, der Gießerarbeiten.

Reinhold Ruther. Als Kommissionsmitglied hat er häufig seine Kraft der Branche zur Verfügung gestellt; sein Abenden werden wir stets in Ehren halten. Die Versicherung ist bereits erfolgt. Branche der Gießerarbeiten im Deutschen Metallarbeiterverband.

Gade Hähgarn. Hecht. Zigaretten, Zigaretten, Tabak billig. Lindenstr. 81.

Leiterwagen. u. alle ander. Transporteräte liefert billigst. Großer Vorrat. Georg Wagner. Köpenicker Str. 71. Kein Schaulenster. Reklame, schmerzlos, billiger Preis. Frauenpenden. Hecht. Paul Gollets. Mariannestr. 3. Amt Reichpt. 10979.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Donnerstag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr, im Altem Festsaal (Vergnügungspalast „Groß-Berlin“), Hofstraße 13/15.

Allgemeine Branchen-Versammlung der Rohrleger und Heiler. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Ergebnis der Lohnverhandlungen 2. Verbands- u. Branchenangelegenheiten. In dieser Versammlung muß jeder Branchenangehörige erscheinen, da sie für die Befestigung der Lohnverhältnisse von entscheidender Bedeutung sein wird.

Achtung! Goldschmiede Achtung! Donnerstag, 9. Oktober, nachmittags 4 Uhr, in den „Koblenischen Bierhallen“, Dortheimstraße, Ecke Charlottenstraße. Versammlung aller in der Juwelen- und Goldschmiedebbranche beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Tagesordnung: 1. Die Antwort der Arbeitgeber betreffs eines Tarifabschlusses 2. Diskussion. Jahreshilfes Erklärungen wird erteilt.

Wagen- und Karosseriearbeiter! Donnerstag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr, in den „Koblenischen Bierhallen“, Weberstraße 17. Vollversammlung aller in den Wagen- und Karosseriearbeiten beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dieses kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Preuß. Staatslotterie
110 000 Gewinne u. 1 Prämie, zusammen Reueanmark!

21 140 000

Höchster Gewinn gemäß § 9 = R-M.

1 Million

1 Pr.	500 000
1 zu	500 000
1 zu	300 000
1 zu	200 000

Ziehung der 1. Klasse am 10. u. 11. Okt. Ganze-Halbe-Viertel-Achte-Lose zu 24 12 6 3 M.

Originallosse zu haben
St. Lotterie-Einnahmer Ritter
P. Raddatz & Co.
Leipziger Straße 122-123.
Postfach-Konto Berlin 41 337.

SOEBEN ERSCHEINEN:

Die Gesellschaft

INTERNATIONALE REVUE FÜR SOZIALISMUS UND POLITIK

Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding

Heft 7

AUS DEM INHALT:
Alexander Stein: Die Erste Internationale — Otto Landsberg: Die Bayerische Denkschrift und der deutsche Einheitsstaat — Dr. Theodor Haubach: Militarische und politische Gewalt — Dr. Ing. W. Majerczyk: Elektrische Großkraftversorgung in Deutschland — Made Ivarsen: Die dänische Landwirtschaft unter dem Freihandel

Preis des Heftes Mk. 1,20

Zu beziehen durch:
Buchhandl. J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstr. 2

Severings Antwort.

„Preußen hat alle Krisen überstanden“. — Für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Innenminister Severing

Zur zweiten Beratung stand in der gestrigen Landtags-Sitzung zunächst die Novelle zum Stempelsteuer-Gesetz. Die Vorlage wird im wesentlichen in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums wird darauf fortgesetzt.

Recht fest, daß in Preußen gegenüber dem Vorjahre eine gewisse Beruhigung in wirtschaftlicher und politischer Beziehung eingetreten sei. Das vergangene Jahr, so betont der Minister, stand unter dem Zeichen des Ruhrkampfes, der Zerstörung der deutschen Finanzwirtschaft, der Inflation und der Arbeitslosigkeit. Wenn auch der Ruhrkampf von der Bevölkerung des Westens unter Leitung der Reichsregierung geführt wurde, so ist Preußen, insbesondere meinem Ressort, doch ein großer Teil der Einkämpfung zugefallen. Es gehörte zur siegreichen Führung des Ruhrkampfes die Unterdrückung der Geheimorganisationen, die verlustigen Widerstand in den altklauen zu verweigern. Es gehörte dazu die Befestigung derjenigen Organisationen, die in Berlin, in Schlesien und in anderen preußischen Gebietsteilen versuchten, auf ihre Art den Ruhrkampf zu betreiben. Und es gelang, die Gefahrenquelle zu verstopfen, da brachen im Westen die Mai-Unruhen, der Bergarbeiterkampf, aus, der von den Kommunisten zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzt wurde. Als die Inflation immer weitere Fortschritte machte, die Lebensmittelpreise ins Ungemessene stiegen, die Lebensmittelknappheit immer bedrohlicher wurde, da versuchten die Kommunisten durch Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung gegen den Staat anzukämpfen. (Lärm bei den Kommunisten.) Wollen Sie vielleicht bestreiten, daß Sie (zu den Kommunisten) im Juli und August des vergangenen Jahres alles versucht haben, die Bevölkerung gegen die bestehende Staatsform aufzuklären? Der Minister erinnert weiter an den blutigen 30. September 1923 in Düsseldorf. Anfang Oktober erlebten wir dann den

Duschk in Rastatt und in Spandau.

Im November endlich kam dann nach der Hilder-Duschk in München. Wena ich alle diese Verhältnisse mit den heutigen vergleiche, so darf ich noch einmal mit Befriedigung feststellen, daß

Preußen alle Störungen siegreich überstanden

hat. Wenn Preußen damals zur Aufrechterhaltung des Reichs beigetragen hat, so kann es doch mit den Verhältnissen in seiner Staatsverwaltung nicht so schlecht bestellt sein, wie die Deutschnationalen behaupten. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Auch der Reichsminister hat wiederholt hervorgehoben, daß, wenn es im vorigen Jahre gelungen ist, das Reich durch alle Störungen hindurchzuführen, das eben Preußen zu verdanken sei, da dem Reich keine Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung stehen. Wir haben im vergangenen Jahre feils in enger Führung mit dem Reich gestanden. Wir sind dem Reich auch nicht in den Arm gefallen bei der Führung des Ruhrkampfes, wie die Deutschnationalen behaupten. Allerdings haben wir keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen, daß man einen solchen Kampf nicht mit der Roten Presse allein führen kann, und wir haben immer wieder gebeten, jeden Moment zur Beendigung des Ruhrkampfes zu benutzen. Und als infolge der Inflation das Kabinett Cuno zurücktrat, haben wir auch das neue Kabinett Stresemann gebeten, recht schnell den Ruhrkampf zu beenden, um die Inflation und das Loch im Westar zu stopfen. Denn ohnedem wären alle Versuche der Rentenbank zur Sanierung der Währung vergeblich gewesen. Wir waren auch dagegen, als

die deutschnationale Theorie auslaucht, das Rheinland sich selbst zu überlassen,

kenn dann würde Preußen das Rheinland auf ewig verloren haben. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wir haben diesen Gedanken deshalb aufs energischste bekämpft. (Beifall.) Die Besserung im besetzten Gebiet darf sich die preussische Regierung auch auf ihr Konto schreiben. Weren wir jetzt wieder daran gehen, die preussische Verwaltung zu errichten, so ist das ein Erfolg der Unabhängigkeit im Londoner Pakt. Dieser Pakt wäre aber ganz unmöglich gewesen,

wenn sich nicht auch vorher schon in England und Frankreich unter MacDonald und Herriot eine Wandlung vollzogen hätte,

und diese Wandlung wäre ganz unmöglich gewesen, wenn die preussische Regierung eine Politik getrieben hätte, wie sie die Deutschnationalen und die Deutschnationalen wollten. (Sehr richtig! links.) Ueber Selbstverständlichkeiten soll man nicht frohlocken und ich bin der Letzte, der dies tut. Die Besserung im Rheinland ist nur eine gestunde, aber es ist doch eine Besserung im Vergleich zu den früheren Zuständen. Der Minister gibt hierauf eine Statistik über die Zahl der ausgewiesenen höheren Verwaltungsbeamten. Insgesamt sind 86 höhere Verwaltungsbeamte ausgewiesen worden, von denen jetzt 71 wieder zugelassen sind und 6 in anderen Stellen verwendet werden dürfen, so daß nur noch 7 Ausgewiesene bleiben. Das läßt eine kleine Besserung erkennen, aber auch daß wir in der Lage sind, heute im besetzten Gebiet sehr viel besser die Ordnung aufrechtzuerhalten als im vorigen Jahre, so daß

die Lage des Separatismus heute hoffnungsloser denn je

ist. In der Kommunalverwaltung waren 268 Beamte ausgewiesen worden, von denen bisher 241 die Rückkehr gestattet ist. Es besteht die Aussicht, daß von den restlichen 27 der größte Teil ebenfalls wieder zugelassen werden wird. Das gleiche gilt von den technischen Beamten, so daß wir uns der Hoffnung hingeben können, daß binnen kurzer Zeit die ganze preussische Verwaltung wieder aufgerichtet ist. Ich halte es für eine Pflicht der Staatsregierung, hier nicht nur den Beamten den Dank auszusprechen, für alles das, was sie in der letzten schweren Zeit geleistet haben, sondern auch der gesamten Bevölkerung der besetzten Gebiete. (Beifall.) Gerade der Tapferkeit der Bevölkerung ist es zu danken, wenn es den Separatisten nicht gelungen ist, dauernd die Herrschaft zu behaupten. Wir werden aber auch in unserer Fürsorge für die Ausgewiesenen und die notleidenden Gemeinden nicht nachlassen. Auf die Unregelmäßigkeiten im Geschäftsbetrieb von kommunalen Banken und Sparkassen sind wir nicht erst durch den Nordhäuser Fall und ähnliche aufmerksam geworden. Schon lange vorher hat die Regierung diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit geschenkt und ist dagegen vorgegangen. Ich muß mich entschließen dagegen zu verwehren, daß diese Unregelmäßigkeiten einer Partei aufgebürdet werden. Die richtige Art, wie man solche Dinge behandelt, zeigt der Fall in Dortmund, wo die betreffenden Angestellten schon vor Monaten entlassen worden sind. Bezüglich der Ostpreussischen Landesbank ist sicherlich auch manche Zeitungsmacht übertrieben. Ich habe auch hier eine Untersuchung angeordnet. An der Spitze der Ostpreussischen Landesbank steht übrigens nicht ein Sozialdemokrat, sondern ein Deutschnationaler. (Hört, hört! links.) Gerade im Interesse der Beruhigung der Allgemeinheit, die ich besonders im Auge habe, bitte ich, solche Fälle nicht zu verallgemeinern. Im Falle

des Landrats Bülow schwebt die Voruntersuchung. Ich greife in diese nicht ein, wenn ich einen Brief eines Rittergutsbesizers, eines ehemaligen Rittmeisters an mich verlese, der mir ein objektives Urteil über den Landrat Bülow unterbreitet. Er bringt zum Ausdruck, daß er vier Jahre lang zur größten Zufriedenheit mit dem Landrat Bülow zusammengearbeitet habe, bezeichnet ihn als einen durchaus selbstlosen Mann, dessen großer Energie der Kreis sehr ruhige Verhältnisse verdanke. (Zurufe bei den Deutschnationalen.) Auch das deutschnationale Staatsratsmitglied Freiherr von Malchahn ist mir gegenüber persönlich für den Landrat Bülow eingetreten und hat gebeten, ihn doch, um allen Streitigkeiten die Spitze abzubringen, in einen anderen Kreis zu versetzen. (Hört, hört! links.) Der Minister erhofft mit der Stabilisierung der Währung auch für die Kreisparlamente wieder günstigere Entwicklung.

Nachdem der Minister die Hilfsaktion zugunsten der Landwirtschaft kurz gestreift und für den preussischen Finanzminister die für Preußen mögliche finanzielle Hilfe versprochen hatte, wandte er sich den politischen Fragen zu, und führte aus: Dr. v. Campe hat gesagt, ich hätte bei der Anordnung und Durchführung der Verfassungsfeier keine glückliche Hand gehabt. Den Beweis für diese Behauptung habe ich aber vermisst. Die 7000 Mann Schutzpolizei, die am Verfassungstage im Lustgarten versammelt waren, bedeuteten doch

eine Demonstration gegen die Radikalen von rechts und links, es nicht auf einen gewalttätigen Angriff auf die Verfassung ankommen zu lassen. (Gelächter b. d. Komm.) Dieser Aufmarsch hat auch genügt, um der großen Oeffentlichkeit darzutun, daß

der preussische Staat über die Nachmittel verfügt, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nötig sind.

Gewiß, niemand kann zur Begeisterung und Liebe gezwungen werden. Aber die Beamten, die der Reichsoberfassung Treue geschworen haben, brauchen es doch nicht als eine Schande zu betrachten, wenn sie an einer angeordneten Verfassungsfeier teilnehmen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich bin mit Dr. v. Campe auch darin einig, daß ich diese angeordneten Feiern nicht als eine wirksame Vertretung der Idee der republikanischen Staatsform ansehe. Und wenn an jenem Tage nur meine Beamten um mich herum waren, so ist das ein Beweis, daß es so wie bisher mit diesen Feiern nicht weitergehen kann. (Allseitige Zustimmung.) Entweder erklärt der Reichstag einen Tag für den allgemeinen Feiertag, oder man hebt diesen Feiertag auf und überläßt es dem Volk, sich selbst

Brückenbauer Stresemann.

Wir wollen nicht den bewussten Gegensatz zwischen dem alten und dem neuen Deutschland. Unsere Aufgabe besteht darin, die Brücke zu schlagen von der Vergangenheit zur Gegenwart. (Stresemann am 27. September 1924.)



Was sie in unserm Rücken brau'n: Der Stresemann wird es schon schlucken. Er möchte ihnen Brücken bau'n, Daß sie bequem hinüberrennen.

einen Verfassungstag zu schaffen. (Bewegung.) Ich habe die geschichtliche Bedeutung des 18. Januar niemals verkannt; ich bin der Meinung, wer das Gute und geschichtlich Große der Vergangenheit nicht ehrt, der ist auch einer besseren Zukunft nicht wert. (Lebh. Zustimmung.) Ist es aber etwa eine Schande, den Tag als Nationalfeiertag zu feiern, an dem die Weimarer Verfassung abgeschlossen wurde? Gegenüber den Bemängelungen meines Erlasses durch Herrn v. Campe kann ich nur sagen: Kommandieren liegt mir nicht! (Lachen rechts.) Aber ich mußte die Beschlüsse des Preuß. Staatsministeriums ausführen. Eine Beschränkung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bezüglich der Versammlungsfreiheit findet keineswegs statt. Im Oktober und November 1923 entsandte der „Stahlhelm“ und der „Jungdeutsche Orden“ eine Tätigkeit, in dem Sinne, daß das Volk unter der Suggestion stehen mußte, es brauche nur eines Führers, um gegen die Regierung loszuschlagen. Es gab damals prominente Volksparteiler, die froh darüber waren, daß damals demokratische und sozialdemokratische Landräte in gewissen Landkreisen saßen. Unter dem Eindruck der damaligen Bewegung habe ich meinen völlig privaten Widerstand, nichtamtlichen, gegen die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold aufgegeben, und heute freue ich mich darüber. (Beifall links.) In dem Stogauer Fall ist der „Stahlhelm“ genau nach den von der Reichsregierung festgesetzten Grundsätzen behandelt worden.

Zur Charakteristik des Geistes im „Stahlhelm“ zitiert der Minister eine Rede des Obersten Büsterberg, in der es heißt, wir hätten

an der Spitze des Staates Männer, die nie im Felde gewesen seien. Mit diesen Burken würde man abrechnen.

Diese Abrechnung solle ihnen aber teuer zu stehen kommen. Diese Auseinandersetzungen werde man erziehen müssen. Der Redner fügt hinzu, allgemein zögen die Agenten des „Jungdeutschen Ordens“ im Lande herum und sprächen von den Erfüllungsministern als von Vaterlandsverbrechern. (Unruhe rechts.) Es sei ganz falsch, alle diese Bewegungen, „Jungdo“, „Stahlhelm“, „Schwarz-Rot-Gold“ usw., über einen Kamm zu scheren. Die preussische Staatsregierung habe auch gar kein Interesse daran, die Freude an wirklichen Feiern zu stören, und wenn es gelingen könnte, durch solche Feiern die vernünftigen Elemente im „Stahlhelm“ zu stärken, so müsse man alles tun, um diese Entwicklung zu beschleunigen. Wie solange die Vorführer dieser Bewegung noch im Lande herumziehen und gegen Juden und Republikaner hetzen, sei mit den offiziellen Stahlhelmeuten nichts zu machen.

Die im Mal herausgegebenen Richtlinien an die Regierungspräsidenten über die Versammlungsfreiheit hätten diesen empfohlen, möglichst liberal zu sein. Trotzdem seien die Richtlinien ganz verschieden gehandhabt worden, so daß der preussische Innenminister sich schon vor einigen Wochen an den Reichsminister des Innern gewandt und versucht habe, eine Aufhebung der Versammlungsverordnung zu erlangen. Er habe Grund zu der Annahme, daß der Reichsminister des Innern die Verordnung tatsächlich bald von sich aus aufheben werde. Dann werde sich zu zeigen haben, ob unser Volk reif genug sei. Allerdings seien gerade heute Mitteilungen eingelaufen, die einen trüben Blick in die Zukunft böten.

Ausgerechnet die vaterländischen Verbände in Potsdam schickten sich an, das Auftreten eines Franzosen in Potsdam ganz grundsätzlich zu verhindern.

(Unruhe rechts.) Der Minister erklärt: Wenn es noch früh genug dazu ist, so möchte ich von dieser Stelle aus die Mitglieder der vaterländischen Organisationen warnen. Es könnte sonst Zusammenstöße mit den staatlichen Nachmitteln geben.

Die Gummiknöpfe sind nicht nur für realistische Kommunisten da.

(Unruhe rechts.) Wenn sich die vaterländischen Verbände anschießen, genehmigte Versammlungen zu sprengen, so habe ich diesen Versammlungsleiter gegenüber die staatliche Autorität zu wahren. (Beifall bei der Mehrheit. Unruhe und Zurufe rechts.) Warum ist die Versammlung genehmigt? Haben Sie sich rechtzeitig über die Verhältnisse orientiert? Sie haben sich von vornherein für den Franzosen eingeschlagen!

Der Minister geht dann zu den Fragen der Personalpolitik über und erklärt, die Kritik aus allen politischen Lagern beweise, daß er nicht einseitig parteiisch gewesen sei. Bestimmungsentscheidungen gegenüber den Beamten verurteile er ebenso, wie die Redner aus dem Hause. Er schloß sich auch der Unzufriedenheit der Demokraten und Sozialdemokraten darüber an, daß

die Demokratisierung der Verwaltung viel zu langsam ginge,

erkläre aber, man dürfe ihn nicht verantwortlich machen für Beschlüsse des Landtags. Zu Beginn dieses Jahres habe man doch in einer Besprechung über die Beamtenpolitik vereinbart, daß in einer Zeit der Beamtenausweisungen Außenleiter in die Verwaltung nicht aufgenommen werden dürften. (Abg. v. Campe (D. Sp.): Das ist ja auch durch die Abbaueordnung vorgeschrieben!) Diese Vereinbarung sei getroffen worden, ehe der Beamtenabbau begann. Bei der Bestellung von Landräten und Regierungspräsidenten sei der Minister übrigens an die Zustimmung des Staatsministeriums, des Kreistages oder des Provinzialausschusses gebunden. Von einer Uebertreibung des Elements der „Außenleiter“ kann nicht die Rede sein. Die Außenleiter des alten Regimes unter den Landräten waren 1917 noch nicht ausgestorben.

Die jetzigen Außenleiter stehen den früheren in bezug auf Allgemeinbildung und Selbstverwaltungsverständnis sicherlich nicht nach.

(Widerspruch rechts.) Wenn man die Grundsätze der Parität gelten lassen will, so kann man heute auf Außenleiter nicht gänzlich verzichten. Die Kommunisten kann man grundsätzlich von der Selbstverwaltung nicht ausschließen. Solange Sie (zu den Kommunisten) aber Befehle zur Sabotage der Verwaltung geben, können Sie es dem Staate nicht verargen, wenn er sich dagegen wehrt und sie nicht beschäftigt. Es bleibt bei meinen Erlassen so lange, wie Sie (zu den Kommunisten) nicht auf Ihre Methoden und Anweisungen verzichten. Die Staatsregierung ist entschlossen, jedes staatliche Mittel in Anwendung zu bringen, um die Staatsautorität zu schützen. So wird jetzt die Stadtverordnetenversammlung von Dortmund aufgelöst werden und nicht mehr Gelegenheit zu derartigen Experimenten haben. Sobald ein Beamter ehrenrührige Dinge begehrt, wird er unnahsichtlich entfernt, aber nicht auf bloße deutschnationale Verdächtigungen hin.

Es gibt ja keine Schandtat, die mir nicht angehängt wird. Unter der Spitzmarke „System Severing“ ist kürzlich in der „Deutschen Tageszeitung“ darüber berichtet worden, daß einige Weimareroffiziere sich in ihrem Gehalt auf meinen Befehl verschlechtert hätten. Das ist nicht richtig; ich habe eine derartige Verschlechterung zwar unterzeichnen müssen, bin aber nicht ihr Urheber. Die Anweisung zur Vernichtung preussischer Militärstammrollen hat sofort den Vorwurf gereizt: System Severing! Severing gegen die Wehrhaftigkeit! Dabei ist die Verfügung auf Anordnung des Reichsministers des Innern erfolgt. (Hört, hört! links.)

Der Kollege Regenborn ist schon in den Ausschussverhandlungen von mir mancher Unrichtigkeiten überführt worden. Er hält aber trotz dieser Korrekturen immer wieder die alten unbewiesenen und unbewiesbaren Dinge vor, die in der deutschen nationalen Presse enthalten sind. In der deutschen nationalen Presse stand auch ein Artikel mit der Überschrift: "Severing im Vorjahren". (Heiterkeit.) Was soll man dazu sagen, wenn allen Erstes ein deutschnationaler Abgeordneter hier von der Tribüne sagt, der Minister Severing habe deswegen ein Interesse an der Durchführung der Landgemeinordnung, weil der Sozialdemokrat Severing die sozialdemokratischen Amisporfieber erhalten wolle, Herr Regenborn hat auch auf meine Ausführungen auf dem Parteitag Bezug genommen. Ich habe es damals für meine Pflicht gehalten, meine Partei darauf hinzuweisen, daß, wenn die Gegner der Republik den Kampf mit Revolver und Maschinengewehren führen, wir ihn nicht mit Papierkugeln und Resolutionen führen dürfen. Auf diesem Standpunkt stehe ich auch heute noch, aber an die Amisporfieber habe ich dabei nicht gedacht. Wenn veranlaßt wird, daß ein Landrat nur deswegen aus der Verwaltung ausgeschlossen werden soll, weil er verprügelt worden ist, so möchte ich solchen Landräten den Rat geben, daß sie auch wiederprügeln. (Heiterkeit.) Sonst brauchen überwollende politische Gruppen nur einmal irgendeinen Beamten zu verprügeln, damit er aus der Verwaltung verschwindet. Vor deutschnationaler Seite ist erklärt worden, daß die deutschnationale Fraktion nicht eher ruhen und rasten würde, bis ich aus dem Amte entfernt sei und einem Mann Platz mache, der "national zuverlässig" sei. Gegen diese Unterstellung protestiere ich ganz entschieden.

Nationalgefühl ist keine Spezialität der deutschnationalen Partei.

(Sehr wahr! links.) Bei den Anschauungen, die mich von der deutschnationalen Partei trennen, ist ja der Kampf dieser Partei gegen mich etwas ganz Natürliches, aber er muß in anständiger Form geführt werden. Ich wünsche Ihnen (nach rechts) sogar im Interesse meiner Gesundheit recht baldigen Erfolg Ihrer Aktion.

Was die Große Koalition angeht, das unterliegt dem Urteil der Geschichte, und ich habe das Gefühl, daß wir diesem Urteil mit aller Ruhe entgegengehen können. (Beifall links.)

Hg. Dr. Badi (Soz.) bespricht die Zustände auf Borkum, an denen nicht erst ein sozialdemokratischer Landrat Anstoß genommen habe, sondern die schon seit Jahrzehnten allen anständigen Menschen Vergernis erregt hätten. Der Terror der Rechtsradikalen gegen alles, was schwarze Haare habe, habe auf Borkum die wüsten Orgien gefeuert. Die Verwaltung müsse mit Energie und Festigkeit auf die restlose Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände hinarbeiten, damit auch auf Borkum siegreich die schwarzrote Fackel stehe.

Hg. Dr. Hög (Z.) führt aus, daß die einseitige Disqualifizierung der demokratischen Beamtenschaft immer mehr um sich greife. Die uralte hochmütige Dunkelhaftigkeit des Konfessionsaltersprechtlichen Beamtentums müsse durch die endliche Gleichstellung von Juristen und Technikern aus der Welt geschafft werden. Seinerzeit habe der protestantische Landrat Prinz Friedrich Wilhelm im Kreise Frankenstein, der zu 90 Proz. katholisch sei, die nachgesuchte Moderation eines katholischen Ordens nicht befürwortet wollen und habe sich dabei in den unglücklichsten Auswüchsen gegen die katholische Kirche ergangen. In Bezug auf das Borkumlied dürfe nicht übersehen werden, daß Volkswirtschaftliche Erscheinungen, wie Trödel, Sinowjew usw. Juden seien und deshalb in weiten Kreisen nicht übermäßige Sympathien genießen. Bewegungen, wie die auf Borkum, müsse man sich tolläusend lassen. Herr Lubendorff habe den Borkumlied "Bluthund" dem Zentrum und den Demokraten aufgewälzt, die die Heeresverpflichtungen nicht vollkommen bewilligt hätten. Nach dem Buch des Generals v. Bricberg sei es die oberste Heeresleistung gewesen, die die Nerven verloren habe.

Lubendorff sei Deutschlands Unglück im Weltkrieg geworden.

Sei es wirklich angebracht, daß der evangelische Bund heute den konfessionellen Haß schüre? Die von Herrn Weiser in einer Reichstagsrede ausgesprochene Behauptung: "Für Kreuz und Stahlhelm" grenze an Blasphemie (Zustimmung und Widerspruch). Das Ausreten des Stahlhelms und des Jungdo sowie des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gegen und für den Franzosen Reich beweist, daß diese Organisation auf beiden Seiten ein Risiko sei. Es bedürfe keiner kämpferischen Organisationen, sondern nur etwas mehr Vertrauen zum demokratischen Staat, um die Republik und die Verfassung zu schützen. Tatsächlich hätten deutschnationale Beamte die Verfassungsfeier boykottiert, indem sie auf Urlaub gingen. Am 29. August hätten doch die Deutschnationalen, wenn auch nur stichend, die Erfüllungspolitik anerkannt. Die große Koalition in Preußen habe sich sehr gut bewährt und zu ruhigen und geordneten Zuständen geführt. Den Ausdruck "Bürgerblut" lehne das Zentrum ab, denn er lege "Richtbürger" als Antithese voraus. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Hg. v. Egnern (D. Sp.) hielt die rigorosen polizeilichen Verbote für nicht geeignet, die Reichsbanner einzutreten zu lassen, ebensowenig die Bevormundung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, das in Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei gegründet worden sei. Das Reichsbanner lege unter solcher Flagge, denn es sei eine Parteiorganisation, in der die radikalere Richtung Hörsing (!) über die mildere staatsmännische Richtung Severing (!) (netter Blödsinn. D. Red.) den Sieg davongetragen habe. Es beruhe nicht gerade sympathisch, wenn ein französischer Passist hier rede, die Herren könnten auch einmal zu Hause bleiben. In einer Erörterung über die Kriegsschuldfrage habe Herr Badi sich in beleidigender Weise über Deutschland geäußert, da hätte die Polizei keine Verhinderung doch einfach verbieten sollen. Es wäre besser gewesen, die Verfassungsfeier am 11. August zu untersagen, da sie gerade in die Urlaubsszeit falle. Der Umstand allein, daß ein Landrat einmal körperlich mißhandelt worden sei, könne natürlich noch kein Grund zur Amisporfierung sein. Wir gingen ja alle in mehr oder weniger gefährliche Kämpfe. Aber in den erörterten Fällen handele es sich doch um ungehörige Prügeln. Mit einer gewissenhaften Prüfung dieser Fälle ist die Partei des Redners einverstanden. Das Gehalt der Verwaltungsbeamten müsse entsprechend erhöht werden, da diese durch die Inflation am meisten geschädigt worden seien. Jeder, der mitarbeiten wolle, sei willkommen aus von einer Seite, die jetzt noch nicht in der großen Koalition mitarbeite.

Hg. Rossowitski (Pole) befragt sich über angelegte Veremittlung der polnischen Winderheit, namentlich in Oberschlesien. Weiterberatung Dienstag 11 Uhr. Schluß 6,30 Uhr.

Wirtschaft

Lehren der Danziger Messe.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Ein auf wirtschaftlichem Gebiet führender Zeitgenosse hat einmal die Meinung ausgesprochen, daß Danzig als Kopf und Mündungspunkt eines gewaltigen Stromsystems, als Hafen und Umschlagzentrum eines großen, wenn auch noch wenig konsolidierten Landes, zweifellos eine große Zukunft, ja in mancher Beziehung vielleicht eine Monopolstellung haben dürfte. Ein vernünftiges Verhältnis mit der Republik Polen sowie mit den Vertretern des Völkerbundes, dessen Schutz Danzig untersteht, sei allerdings Voraussetzung. Danzig ist eben der Eingangshafen für den größten Teil der Rohprodukte, die Polen für seine Industrie braucht und der Ausgangshafen für die Erzeugnisse der polnischen Landwirtschaft und der polnischen Industrie nach Uebersee. Auch der polnische Auswandererverkehr dürfte sich Danzigs als Ausgangshafen wieder bedienen, wie es bereits vor einigen Jahren der

Fall war. Ferner scheint Danzig heute mehr denn je berufen, ein wichtiger Faktor in der Verbindung mit Rußland zu werden. Die regen frequentierten Dampferlinien mit einigen russischen Ostseehäfen zeugen davon.

Wenn ein solches Sammel- und Verteilungsbeden für den internationalen Warenverkehr voll verständlichem Ehrgeiz die wirtschaftliche Notwendigkeit einer eigenen Messe vertritt — so mußte das ganze Geschäft den besonderen Verhältnissen angepasst werden, die gerade dieses Wirtschaftsgebiet beherrschen. Man hätte sich dem Charakter des Landes anpassen müssen, mit dem man Geschäfte machen will. Und hier liegt die Grenze, die von vielen Ausstellern der Danziger Messe nicht verkannt worden ist. Man hat, wie man es aus einer gewissen Messepraxis heraus gewohnt war, die Danziger Messe besichtigt, wie man die Leipziger, die Kölner und die Frankfurter Messe besichtigt. Nur wenig wurden, soweit es sich um Firmen aus dem Reich handelt — die „östlichen Bedürfnisse“ erkannt. Dazu kam die gänzliche Unerfahrenheit vieler Aussteller mit den sehr schwierigen örtlichen Zoll- und Grenzverhältnissen. Die den Danzigern aufgezwungene Wirtschaftsunion mit Polen ruht aus politischen Motiven auf der Basis sehr hoher Zölle. Und so war im Verkehr der deutschen Finanzen mit den polnischen in einigen Branchen der immer noch fehlende deutsch-polnische Handelsvertrag ein gewaltiges Geschäftshindernis. Die Abschlüsse hätten nach Aussage der Aussteller viel größeren Umfang annehmen können, wenn die Handelsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland bereits gewesen wären. Das Fehlen eines solchen Vertrages erschwerte naturgemäß die Kalkulation, wozu sich dann noch die Unkenntnis mit den polnischen Verhältnissen gesellte. Es hat sich ferner gezeigt, daß auf einem solchen Platz der Exporteur, den viele Firmen durch direkte Ausfuhr zu umgehen suchen, eine leider unumgängliche Notwendigkeit ist. Er kennt Land und Leute und weiß sich natürlich besser vor Schäden zu bewahren als es den mit den östlichen Dingen zum Teil gar nicht vertrauten Firmen möglich ist. Er weiß vor allem, daß gewisse Artikel auf dem osteuropäischen Markt schwer oder gar nicht unterzubringen sind.

Was nun das Ergebnis der Messe anbelangt, so wird behauptet, daß das Geschäft besonders auf dem Gebiet des täglichen Bedarfs, wozu sehr viel Kleinram minderer Qualität gehört, recht gut war. Weniger zufriedenstellend erscheint beim Abschluß der Messe das Gebiet der Maschinenindustrie. Hier trifft auch besonders das zu, was eingangs bereits über die Bedürfnisse des osteuropäischen Marktes gesagt wurde. Eine gute Probe ihrer Leistungsfähigkeit gab die Danziger Industrie. Einige Firmen, die in der letzten Zeit zu Arbeiterentlassungen schreiten mußten, haben derart erhebliche Aufträge erhalten, daß sie wieder auf Monate hinaus beschäftigt sind. Ein besonderer Erfolg ist, wie es scheint, den interessanten Kollektivausstellungen südlicher Länder wie Spanien, Brasilien und Griechenland hier an der Grenze zum nordöstlichen Europa beschieden gewesen. Man rechnet mit einem guten Export nach Osteuropa und verfolgte wohl klugerweise mehr den Zweck, erst die in Frage kommenden Waren und die Interessengebiete festzustellen.

Und das ist, alles in allem genommen, wohl der Hauptzweck dieser Messe gewesen, den man, zum Schaden des Ganzen, im Drange der Geschäfte allzusehr übersehen hatte. Eine Konkurrenz mit den alten Messstädten des Reiches ist für Danzig untragbar. Man sollte sich damit bescheiden, die nächste Messe denjenigen Branchen zu reservieren, die für eine Geschäftsverbindung mit dem Osten hauptsächlich in Frage kommen und sich vor allem hinter den begreiflichen Publikationswünschen nach einer Art Jahrmartensveranstaltung weiter entgegenzukommen. Wenn diese Lehren gezogen werden, verdient das Messeexperiment des freistaates Danzig ernsthafter Beachtung.

Häuserpekulation und Ueberfremdung.

Während der Inflationsjahre, die Deutschland zum Lummelplatz für die Spekulationsgier der Edeldalutonen aller Länder werden ließ und die Zeitungen tagtäglich von "Ueberfremdungen", d. h. von dem übermächtigen Eindringen ausländischen Kapitals in deutsche Aktiengesellschaften berichteten, war auch der Groß-Berliner Grundstücksmarkt den Angriffen der kapitalkräftigen Ausländer ausgeheft.

In allen Stadtteilen, im ärmlichen Norden nicht weniger als im vornehmen Westen, erwarben die Ausländer Miethäuser zu niedrigen Goldmarkpreisen. Nunmehr liegen einigermaßen einwandfreie statistische Ergebnisse des statistischen Amtes der Stadt Berlin über die Grundstückskäufe der Ausländer während der Inflation vor, die infolge technischer Schwierigkeiten vorher unterblieben waren.

Obgleich seit der Stabilisierung langsam das in Grundstücken angelegte ausländische Kapital aus dem Grundstücksmarkt verschwindet und die sogenannte "Entfremdung" eintritt, hat der Rückblick auf die Entwicklung der "Ueberfremdung" insofern Bedeutung, als die Ausländer jetzt zum Schaden unserer Wirtschaft die im Werte wieder sehr steigenden Miethäuser verkaufen und dadurch große Spekulationsgewinne einstecken.

Interessant ist die anscheinend widersinnige Tatsache, daß gerade die Stadtteile im Norden, also die Arbeitergegend, am stärksten durch die Ueberfremdung heimgeführt wurde, anstatt wie man all-

gemein annimmt, die westlichen Vororte Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg. Die Erklärung dafür ist folgende: Als im Jahre 1920 die Geldentwertung kneller fortschritt, wuchs auch die Nachfrage nach bebauten Grundstücken, d. h. Miethäusern. Die aus wirtschaftlich Ländern kommenden Ausländer benutzten vor allem die modern mit allem Komfort der Neuzeit eingerichteten Häuser als Kaufobjekt. Doch bald waren alle greifbaren modernen Häuser in festen Händen und die Spekulation sah sich gezwungen, ihren Erwerb auch auf minderwertige Wohnhäuser auszudehnen, bis schließlich die Nachfrage nach Grundstücken so stark wurde, daß auch die Miethäuser in den Arbeitervierteln der Spekulation zum Opfer fielen.

So entwickelte sich fast planmäßig die Ueberfremdung des Groß-Berliner Grundbesitzes, und zwar von den wertvollsten Miethäusern beginnend bis zu den minderwertigsten fortschreitend. Die Ueberfremdungssiffern in der Zeit von September 1922 bis Januar 1923, die das Verhältnis der Auslandskäufe zu der Gesamtzahl der vorhandenen bebauten Grundstücke angeht, sind für die Hauptverwaltungsbezirke der Gemeinde Groß-Berlin wie folgt:

Prezauer Berg 30 Proz., Friedrichshain 25 Proz., Wedding 23 Proz., Kreuzberg 19 Proz., Neukölln 16 Proz., Tiergarten 15 Proz., Charlottenburg 12 Proz. Die Ueberfremdung in den anderen Bezirken bewegte sich zwischen 5 und 10 Proz., und zwar in Berlin-Mitte 10 Proz. (das vorwiegend Handels- und Industriehäuser besitzt), ferner Wilmersdorf (9 Proz.), Treptow (9 Proz.), Steglitz (6 Proz.), Nichtenberg (6 Proz.), Pantow (6 Proz.).

Die starke Ueberfremdung des Berliner Hausbesitzes, die Ende Januar 1923 mindestens ein Viertel aller bebauten Grundstücke Berlins ausmachte, findet in folgenden Gründen ihre Erklärung: Vor allem war es die Not der Zeit, die Inflation, die in jenen Tagen immer schärfere und schlimmere Formen annahm, drohte und oft die Mark binnen wenigen Tagen um die Hälfte ihres Wertes verminderte. Damals versuchten nicht nur unsere Kapitalisten in die Sachwerte zu flüchten, sondern auch die in Deutschland spekulierenden Ausländer taten ein Gleiches, stießen ihre Markfreistümer ab und wurden Hausbesitzer in allen Stadtteilen Berlins. Es wurde ihnen auch sehr leicht gemacht, in den Berliner Grundbesitz einzudringen, denn es gab keine gesetzlichen Bestimmungen, die den Ausländern die Grundstückskäufe erschweren, noch fanden sie irgend welche Hindernisse bei den Berliner Hausbesitzern, die gebendel von den riesigen Papiermarksummen, bereit waren, ihre Häuser zu verkaufen.

Rein volkswirtschaftlich gesehen, ist uns durch die Ueberfremdung ein nicht unerheblicher Schaden zugefügt worden, der erst späterhin sichtbar wird, wenn die Ausländer die in ihren Händen befindlichen Miethäuser mit großen Gewinnen abstoßen und den erzielten Erlös der deutschen Wirtschaft entziehen und mit ins Ausland hinübernehmen. Für die Ausländer — es befinden sich noch zurzeit ungefähr 20.000 Häuser in ausländischen Händen — bedeuten die Häuserkäufe nur Flucht in die Sachwerte und geeignete Objekte zur Spekulation. Alle übrigen Gedanken, wieder festen Fuß im großstädtischen Hausbesitz zu fassen und von der Rente, die ihre Häuser abwerfen, zu leben, lagen ihnen — abgesehen von einigen Ausnahmen — völlig fern.

Eine umfassende und genau geführte Statistik über die Relationität der fremden Hausbesitzer gibt es nicht. Nur der Bezirk Schöneberg besitzt darüber vollständige Angaben. Aus ihr ist zu ersehen, daß die modernsten Häuser zuerst von den Bewohnern valastarter Länder (wie Schweden, Holland, Amerika) gekauft wurden, während späterhin die Häuserkäufe der Ausländer aus den valastartern Ländern überwiegen (Deutsch-Oesterreich, Polen, Tschechoslowakei) und die anderen fast vollkommen verschwinden.

In der Zeit vom 1. September 1923 bis Ende Juni 1924 sind von den Ausländern an Deutsche insgesamt 879 Häuser zurückverkauft worden. Immerhin waren im Juli d. J. schätzungsweise dennoch fast 20.000 Häuser im ausländischen Besitz.

Wenn auch das Eindringen der Ausländer direkt keine Gefahr für die Interessen der Berliner Mieter bedeutet, so können sie doch später sehr unangenehme Verhältnisse am Grundstücksmarkt entwickeln.

Die Ausländer, die, wie schon oben erwähnt, die Grundstücke als Spekulationsobjekte erworben haben, werden, sobald die Mieten steigen, versuchen, die Häuser mit hohem Gewinn abzustoßen, und die deutsche Spekulation wird sich bemühen, ihrerseits lukrative Geschäfte herauszuwirtschaften. Abgesehen von den Schäden strapelloser Spekulation werden wertvolle flüssige Kapitalien in den freierwerbenden Grundstücken angelegt, die besser der nach Betriebsmitteln dürftigen Industrie zugeführt werden sollten. Es ist daher die Aufgabe der vernünftigen Mietpolitik, diese drohenden Gefahren zu bannen und das Interesse der Allgemeinheit vor dem Eigeninteresse gewinnfuchtiger Spekulanten zu schützen.

Festwertanleihen im September.

Trotz aller Schwierigkeiten und Hemmungen entwickelt sich die deutsche Wirtschaft langsam wieder aufwärts. Die ungeheure Kapitalmangelheit, die mit der Stabilisierung der Mark Ende vorigen Jahres in Erläuterung trat, beginnt sich zu mildern. Mit der wieder einsetzenden Bildung von neuem Kapital geht auch der Zinsfuß für Kredite auf etwäßliche Werte herunter. Besonders für langfristige Anleihen ist der Zinsfuß im Abstieg begriffen. Der Prozeß der Bildung von neuem Kapital und der Herabminderung der Zinsquoten läßt sich aus vielerlei Beispielen beweisen. Z. B. erhöhten sich bei der Berliner Sparkasse in der Zeit vom Januar bis August d. J. die eigentlichen Spareinlagen von 1,3 auf 7,5 Millionen Mark, während die Depositionseinsagen von 12,9 auf 28,7 Millionen Mark angewachsen sind. Die Rheinisch-Westfälischen Sparkasse haben für den ersten Oktober die Herabsetzung des Hypothekenzinsfußes von 15 auf 12 Prozent beschlossen. Die an der Berliner Börse notierten 5 Proz. Goldhypotheken-Pfandbriefe zeigen auch im Monat September steigende Kurse, d. h. fallende Realverzinsung, wie aus folgender Zusammenstellung ersichtlich ist (1 Gramm Feingold gleich 2,79 Goldmark nach der Definition der Reichsmark):

	1.9.	11.9.	29.9.	30.9.
Berliner Hypothekenbank	1,65	1,63	1,64	1,60
Frankfurter Pfandbriefbank	1,69	1,71	1,75	1,70
Leipziger Hypothekenbank	1,66	1,65	1,65	1,65
Reininger Hypothekenbank	—	1,64	1,64	1,63
Rheinische Pfandbriefbank	1,68	1,63	1,65	1,70
Preussische Bodenkreditbank	1,58	1,63	1,63	1,59
Schlesische Bodenkreditbank	1,59	1,63	1,64	1,63
Westdeutsche Bodenkreditbank	1,58	1,63	1,63	1,63
Durchschnittl. Wert der 8 Kurse	1,62	1,64	1,66	1,67

Die Gold-Hypotheken-Pfandbriefe weisen in den Monaten Februar bis September d. J. folgende durchschnittliche Kursentwicklung auf:

Ende Februar	1,56	Ende Juni	1,11
„ März	1,41	„ Juli	1,25
„ April	1,04	„ August	1,57
„ Mai	1,09	„ September	1,67

Der Durchschnittskurs von 1,67 am Ultimo September bedeutet für den Käufer der Hypotheken-Pfandbriefe eine Realverzinsung von 8,4 Proz. (Einen Monat vorher war die entsprechende Zahl 8,9 gewesen.) Immerhin ist der Satz von 8,4 Proz. noch reichlich hoch. Wenn es sich bewahrheitet, daß die internationale 800-Millionen-Mark-Anleihe für Deutschland zum Kurse von 97 und einem Zinsfuß von 7 Proz. auf den Markt gebracht wird, so steht zu hoffen, daß der Zinsfuß für langfristige Kapitalanlagen bald noch weiter herabgehen wird. Damit aber eröffnet sich für die Kommunen wie überhaupt für die öffentlichen Körperschaften die Aussicht, in Kürze wieder eigene Anleihen zu vernünftigen Bedingungen herausbringen zu können.

Dr. R.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittspreis in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	13,50—24,50	Kakao, fettarm	75,00—96,00
Oersengrütze, lose	17,50—18,00	Kakao, leicht entölt	100,00—120,00
Haferfloeken, lose	21,00—22,50	Tee, Souchon, gepackt	320,00—400,00
Häsegrütze, lose	20,50—22,50	Tee, indischer, gepackt	400,00—470,00
Roggenmehl 9/1	20,50—21,75	Inlandzucker, basis mel.	41,50—43,00
Weizengrieß	22,00—24,00	Inlandzucker Raffinade	43,50—45,00
Hafermehl	22,00—26,75	Zucker Würfel	44,00—47,50
70% Weizenmehl	23,00—22,00	Kunsthonig	39,90—42,00
Weizen-Auszugmehl	24,00—28,00	Zuckersirup hell in Elm.	40,00—43,00
Speiseerbsen, Viktoria	18,00—23,75	Speisesirup dunkl in Elm.	27,00—31,00
Speiseerbsen, kleine	16,00—18,50	Marmelade Eintr. Erdb.	90,00—93,00
Bohnen, weiße, Perl	22,00—24,75	Marmelade Vierfrucht	40,00—
Langbohnen, handveries	28,00—31,75	Pflanzenerasmus in Eimern	43,00—
Linzen, kleine	18,50—29,50	Steinsalz, in Säcken	3,10—3,60
Linzen, mittel	31,00—37,50	—	3,70—4,20
Linzen, große	37,50—39,50	Siedesalz in Säcken	4,40—5,00
Kartoffelmehl	17,75—19,50	—	5,20—5,80
Makkaroni	43,00—	Bratenschmalz in Tierces	92,50—93,50
Makkaronimehl	38,00—39,00	Bratenschmalz in Köbeln	93,00—94,00
Schnittnudeln, lose	21,00—26,00	Purelard in Tierces	89,50—90,50
Bruchreis	16,50—17,00	Purelard in Kisten	92,00—94,00
Rangoon Reis	18,00—19,00	Speisetalg in Packung	65,00—66,00
Tafelreis, glasiert, Patna	23,25—31,00	Speisetalg in Köbeln	—
Tafelreis, Java	31,75—38,00	Margarine, Handelsm. I	66,00—
Ringspale, amerik.	85,00—90,00	desgl. II	60,00—63,00
Getr. Pflaumen 90/100	49,00—43,00	Margarine, Spezialm. I	80,00—84,00
Pflaumen, entsteint	54,00—58,00	desgl. II	69,00—71,00
Cal. Pflaumen 40/50	60,00—65,00	Molkereibutter Ia I. Fass	222,00—228,00
Rosinen in Kisten, Candia	60,00—70,00	Molkereibutter Ia I. Pack.	229,00—236,00
Sultaninen Caraburu	75,00—90,00	Molkereibutter Ia I. Fass	185,00—208,00
Korinthen, choice	70,00—75,00	Molkereibutter in Fassern	235,00—237,00
Mandeln, süße Bari	175,00—185,00	Auslandbutter in I. Pack.	37,00—40,00
Mandeln, bittere Bari	178,00—180,00	Corned beef 126 lbs p. K.	37,00—40,00
Zimt (Cassia)	106,00—115,00	Ausl. Speck, geräuchert	103,00—105,00
Kümmel, holländischer	55,00—65,00	Quadralkäse	45,90—55,90
Schwarzer Pfeffer Singap.	108,00—115,00	Milster Käse, vollfett	112,00—118,00
Weißer Pfeffer	130,00—155,00	Bayr. Emmenthaler	160,00—170,00
Rohkaffee Brasil	195,00—220,00	Echter Emmenthaler	170,00—190,00
Rohkaffee Zentralamerika	230,00—285,00	Ausl. ungezuck. Condensmilch 48/16	29,50—33,25
Röstkaffee Brasil	240,00—290,00	Inländische desgl. 48/12	17,50—17,50
Röstkaffee Zentralam.	310,00—375,00	Inl. gez. Condensm. 48/14	26,00—26,50
Röstgetreide, lose	20,00—21,00		

